
Francia. Forschungen zur westeuropäischen Geschichte

Herausgegeben vom Deutschen Historischen Institut Paris

(Institut historique allemand)

Band 7 (1979)

DOI: 10.11588/fr.1979.0.49315

Rechtshinweis

Bitte beachten Sie, dass das Digitalisat urheberrechtlich geschützt ist. Erlaubt ist aber das Lesen, das Ausdrucken des Textes, das Herunterladen, das Speichern der Daten auf einem eigenen Datenträger soweit die vorgenannten Handlungen ausschließlich zu privaten und nicht-kommerziellen Zwecken erfolgen. Eine darüber hinausgehende unerlaubte Verwendung, Reproduktion oder Weitergabe einzelner Inhalte oder Bilder können sowohl zivil- als auch strafrechtlich verfolgt werden.

JÜRGEN HEIDEKING

DAS ENDE DER SANKTIONSPOLITIK
DIE ALLIIERTEN MÄCHTE UND DIE RÜCKKEHR
DES DEUTSCHEN KRONPRINZEN IM NOVEMBER 1923

Am Mittag des 10. November 1923, vierundzwanzig Stunden nach dem Scheitern des Hitler-Putsches in München, überschritt der deutsche Kronprinz Wilhelm, aus seinem Exil im holländischen Wieringen kommend, mit zwei Begleitern die Reichsgrenze bei Bentheim. Eine Autoreise führte ihn über die Zwischenstationen Schloß Hamborn bei Paderbon, Schloß Brüggen im Lipper Land und Schloß Baruth zwischen Jüterborg und Kottbus am 13. November zu seinem Familiensitz Oels in Niederschlesien, wo er für die nächste Zeit blieb.¹ Die Nachricht von der heimlichen Rückkehr des Kaisersohnes, dessen Name die im Februar 1920 nach Berlin übermittelte »Kriegsverbrecherliste« anführte, schlug jenseits der deutschen Grenzen hohe Wellen öffentlicher Erregung und ließ die französische Regierung umgehend aktiv werden. Auf einer Sondersitzung der ständigen Botschafterkonferenz der alliierten Hauptmächte in Paris stellte die französische Delegation am 12. November den Antrag, die Reichsregierung zur Auslieferung oder zumindest zur Verbannung des Kronprinzen zu veranlassen. Gleichzeitig müsse Deutschland gezwungen werden, die sofortige uneingeschränkte Wiederaufnahme der Militärkontrolle nach dem Versailler Vertrag zuzugestehen. Lehne die Regierung Stresemann diese Forderungen ab, seien weitere territoriale Sanktionen gegen das Deutsche Reich zu verhängen. Im Falle eines gemeinsamen alliierten Vorgehens könne man an die militärische Besetzung einer Hafenstadt wie Hamburg denken; notfalls werde Frankreich aber auch allein handeln. Unter Hinweis auf die *ungeklärte Rechtslage* erreichte der englische Botschafter Lord Crewe eine Vertagung. Die Diplomaten kamen überein, strengste Vertraulichkeit zu wahren.²

¹ K. W. JONAS, *Der Kronprinz Wilhelm*, Frankfurt/M. 1962, S. 194 ff.; P. HERRE, *Kronprinz Wilhelm. Seine Rolle in der deutschen Politik*, München 1954, S. 184 ff.

² 235. Sitzung der Botschafterkonferenz am 12. November 1923, Top. I, zit. C. A.-235/12. 11. 23/I. Die systematische Durchsicht der von der Hoover War Library auf 99 Mikrofilme aufgenommenen Akten der Konferenz bildet die Grundlage der Dissertation des Verfassers: J. HEIDEKING, *Areopag der Diplomaten. Die Pariser Botschafterkonferenz der alliierten Hauptmächte und die Probleme der europäischen Politik 1920 bis 1931*, Husum 1979.

Allen Eingeweihten war sofort bewußt: Die Spannungen, die der französisch-belgische Ruhreinmarsch vom Januar 1923 ausgelöst hatte, drängten einem neuen Höhepunkt entgegen. Europa stand an der Schwelle zu einer Krise, die weit mehr Brisanz barg als der wenige Wochen zuvor mühsam beigelegte italienisch-griechische Konflikt um die Insel Korfu.³

Gestützt auf die bislang zu Forschungszwecken nicht herangezogenen Akten der Botschafterkonferenz und auf unveröffentlichte französische Dokumente wird im folgenden versucht, die bisherigen Interpretationen der Kronprinzenaffäre zu ergänzen,⁴ den politisch-diplomatischen Hintergrund der Ereignisse zwischen dem 10. und 21. November 1923 auszu-leuchten⁵ und zum besseren Verständnis der in den letzten Monaten des Jahres 1923 einsetzenden Wende⁶ in der europäischen Politik nach dem Ersten Weltkrieg beizutragen. Besondere Beachtung finden in diesem Zusammenhang die Haltung Belgiens und Italiens, interne französische Differenzen, der Einfluß der britischen Parlamentswahlen und die Rolle der interalliierten Institutionen.

I. Die Entwicklung bis zum Vorabend der Krise

1. Die Reparationsfrage

Die englisch-amerikanische Initiative vom Oktober 1923, die auf den Wiederbeginn der kurz vor dem Ruhreinmarsch abgebrochenen Reparationsverhandlungen zielte,⁷ schien am 9. November gescheitert. Poincaré

³ J. BARROS, *The Corfu Incident of 1923. Mussolini and the League of Nations*, Princeton/N. J. 1965.

⁴ Am ausführlichsten bisher K. v. ZWEHL, *Die Deutschlandpolitik Englands von 1922 bis 1924 unter bes. Berücksichtigung der Reparationen und Sanktionen*, Diss. München 1974, Bd. 2, S. 613 ff.

⁵ Wichtige neue Aufschlüsse vermitteln in diesem Zusammenhang J. BARIÉTY, *Les relations franco-allemandes après la première guerre mondiale. De l'exécution à la négociation*, Paris 1977, sowie zwei Aktenpublikationen: *Documents on British Foreign Policy 1919-39. First Series, Vol. XXI. German Reparation and Allied Military Control 1923*, London 1978 (zit. DBFP 1, XXI); *Akten der Reichskanzlei, Weimarer Republik. Die Kabinette Stresemann I u. II*, bearb. v. K. D. ERDMANN u. M. VOGT, 2 Bde., Boppard a. Rh. 1978 (zit. Reichskanzlei, Stresemann).

⁶ Die Tatsache dieser Wende ist wiederholt konstatiert worden, so z. B. in dem Kapitel »Le tournant (novembre 1923 – janvier 1924)« von BARIÉTY, a.a.O., S. 266 ff.

⁷ DBFP 1, XXI, S. 563 f.; vgl. *Foreign Relations of the United States 1923*, Bd. II, S. 68 ff. (zit. FRUS 1923 II). Zum Stand der Reparations- und Kriegsschuldenfrage im Jahre 1923 E. WEILL-RAYNAL, *Les réparations allemandes et la France*, vol. 2, Paris 1947, S. 433 ff.; D. B. GESCHER, *Die Vereinigten Staaten von Nordamerika und die Reparationen, 1920-24*, Bonn 1956, S. 157 ff.; C. P. PARRINI, *Heir to Empire. United*

hatte zwar unter dem Eindruck der positiven belgischen Reaktion zunächst Bereitschaft zur Mitarbeit erkennen lassen, dann aber Vorbehalte und Bedingungen angemeldet, die aus der Sicht Londons und Washingtons eine sinnvolle Tätigkeit des geplanten Sachverständigengremiums illusorisch machten.⁸ Der amerikanische Außenminister Hughes gab dem französischen Botschafter Jusserand am 9. November unzweideutig zu verstehen, *that in the opinion of this Government the limitations insisted upon by Poincaré would frustrate the purpose of the inquiry suggested in my communication of October 15th*. Eine gleichzeitige Presseverlautbarung des State Department unterstrich die Alleinverantwortung Frankreichs für den ergebnislosen Verlauf der Konsultationen.⁹ Engländern und Amerikanern blieb vorerst nur die Hoffnung, daß der Druck der Weltmeinung Poincaré früher oder später zum Einlenken zwingen werde.¹⁰

Um diesen Pressionen und der zu erwartenden Kritik im eigenen Land standhalten zu können, unternahm der französische Ministerpräsident am 10. November einen Gegenzug. Er instruierte den Präsidenten der Re-

States Economic Diplomacy, 1916–23, Pittsburgh 1969, S. 248 ff.; W. LINK, Die amerikanische Stabilisierungspolitik in Deutschland, 1921–32, Düsseldorf 1970, S. 203 ff.; C. MAIER, Recasting Bourgeois Europe. Stabilization in France, Germany and Italy in the Decade after World War I, Princeton/N. J. 1975, S. 387 ff.; D. ARTAUD, La question des dettes interalliées et la reconstruction de l'Europe 1917–29, Paris 1978, S. 565 ff.

⁸ Vgl. DBFP 1, XXI, S. 615 f., 618 f., 622, 624 ff.; FRUS 1923 II, S. 85 ff., 90 ff. BARIÉTY, a.a.O., S. 261 ff. behauptet, Poincaré habe sich am 25. Oktober aus freien Stücken für eine Expertenuntersuchung entschieden, und zwar auf die Information hin, die USA seien zu einer Reduzierung der französischen Kriegsschulden bereit. Berechtigte Zweifel an der Stichhaltigkeit dieser gegen die »interprétation traditionnelle« gerichteten Version hat P. KRÜGER in seiner Rezension des Werkes von Bariéty (Militärgeschichtliche Mitteilungen 24, 1978, S. 198 ff.) geäußert. Wenn Poincaré durch Mitteilungen des Gesandten in Washington, Laboulaye, tatsächlich zu der Auffassung gelangt wäre, die Amerikaner würden eine neue Reparationsregelung mit einer substantiellen Schuldenkürzung honorieren, hätte er alles tun müssen, um der vorgesehenen Expertenuntersuchung den Weg zu ebnen. In Wirklichkeit baute er aber nach dem 25. Oktober durch Zusatzforderungen neue Hindernisse auf. Der belgische Außenminister Jaspar vertraute dem englischen Botschafter Grahame am 30. 10. an, *that M. Poincaré had shown marked ill-humour with the Belgian Government for having «forced his hand» by deciding on a course of action without previously concerting with him*. DBFP 1, XXI, S. 612; vgl. S. 585 f., 622 f.

⁹ FRUS 1923 II, S. 94 f.; vgl. DBFP 1, XXI, S. 667 f.; Reichskanzlei, Stresemann S. 1004, Anm. 11. LINK, a.a.O., S. 205 verweist darauf, daß die Verlautbarung vom 9. 11. »nicht als ernsthafter und endgültiger Rückzug« Washingtons zu werten ist. Andererseits darf der Konflikt aber auch nicht bagatellisiert werden. Für Laboulaye stand jedenfalls fest, *que le Gouvernement fédérale a abandonné toute idée de ce projet, par suite de l'attitude de la France ...* Laboulaye an Ministère des Affaires Etrangères (A. E.), 13. 11., Archiv des Quai d'Orsay, Europe 1918–29, Allemagne, vol. 29: Guillaume II – le Kronprinz, juillet–décembre 1923 (zit. A. E. Allemagne 29).

¹⁰ In London empfand man es als besonders enttäuschend, daß Brüssel im entscheidenden Moment doch nicht den Mut aufgebracht hatte, sich der französischen Bevormundung zu entziehen. DBFP 1, XXI, S. 640 ff., 650, 676 f.

parationskommission, Louis Barthou, dem Verlangen der Reichsregierung vom 24. Oktober nach baldiger Anhörung deutscher Sachverständiger stattzugeben und darüber hinaus die Bildung eines Expertenkomitees zu empfehlen, das befugt war, die Kommission über die »augenblickliche Zahlungsfähigkeit« Deutschlands zu unterrichten und ihr bei der Aufstellung eines Zahlungsplans für die Jahre 1924 bis 1926 zu helfen. Im weiteren war auch von einer Sanierung des Reichshaushalts und einer Stabilisierung der deutschen Währung die Rede, aber die genannten Einschränkungen unterschieden sich kaum von denjenigen, die Hughes zu seiner Absage veranlaßt hatten.¹¹ Mit amerikanischer und englischer Zustimmung durfte Poincaré deshalb kaum rechnen. Immerhin hatte er aber Zeit gewonnen und konnte den Vorwurf entkräften, Paris betreibe eine destruktive, den Interessen der Partner strikt zuwiderlaufende Politik.¹² Als Barthou seine Erklärung am 13. November abgab,¹³ war die Reparationsproblematik jedoch durch den Münchener Putsch und die Rückkehr des Kronprinzen in den Hintergrund gedrängt worden, und die französische Sanktionsdrohung vom Vortag verlieh dem Wunsch nach Berufung eines Expertengremiums einen eher theoretischen Charakter.

2. Die Frage der interalliierten Militärkontrolle

Nach der Ruhrbesetzung war die alliierte Militärkontrolle in Deutschland praktisch zum Erliegen gekommen, da die zuständigen Reichswehrstellen im Rahmen des passiven Widerstands jeden Kontakt mit französischen und belgischen Offizieren verweigerten und die Reichsregierung für die Sicherheit der Kommissionsmitglieder keine Garantie mehr übernahm.¹⁴ Dennoch blieben den alliierten Militärs die vertragswidrigen Aufrüstungs- und Mobilisierungsmaßnahmen, mit denen die Reichswehr fieberhaft ihre Schlagkraft zu erhöhen suchte, nicht völlig verborgen.¹⁵ Die alarmierenden Berichte des Kommissionspräsidenten General Nollet

¹¹ Wortlaut der Instruktionen teilweise abgedr. in BARIÉTY, a.a.O., S. 273 f.

¹² Vorwürfe dieser Art wurden am 15. 11. im außenpolitischen Ausschuß des französischen Senats laut. Durch eine wirkungsvolle Kammerrede brachte Poincaré seine Kritiker tags darauf jedoch vorübergehend zum Schweigen. Crewe an F. O., 22. 11., zit. nach ZWEHL, a.a.O., S. 662.

¹³ Der englische Delegierte Bradbury nahm den Vorschlag mit *very grave doubts* auf und stimmte nur zu, um nicht den Eindruck zu erwecken, er sei gegen eine Anhörung deutscher Sachverständiger. DBFP 1, XXI, S. 664 ff.

¹⁴ M. SALEWSKI, Entwaffnung und Militärkontrolle in Deutschland, 1919–1927, München 1966, S. 212 ff.; ZWEHL, a.a.O., S. 613 ff.

¹⁵ F. L. CARSTEN, Reichswehr und Politik, 1918–33, Köln–Berlin 1964, S. 174 ff.; H. W. GATZKE, Stresemann and the Rearmament of Germany, Baltimore 1954, S. 11 ff.; H. MEIER-WELCKER, Seeckt, Frankfurt/M. 1967, S. 357 f.

an die vorgesezte Botschafterkonferenz erschwerten es Lord Crewe und dem italienischen Delegierten Baron Avezzana von Sitzung zu Sitzung, die massiven französisch-belgischen Vorwürfe gegen die deutsche *Obstruktionspolitik* zu beschwichtigen. Als der sozialistische sächsische Ministerpräsident Zeigner am 18. Oktober Einzelheiten über den Aufbau einer illegalen *Schwarzen Reichswehr* enthüllte, bekundete die belgische Regierung ihre *plus vive inquiétude* und drängte die Alliierten über den Pariser Botschafter Baron de Gaiffier d'Hestroy zu energischen Schritten. Daraufhin erneuerte die Botschafterkonferenz am 3. November ihre bereits einen Monat zurückliegende Mahnung, die Reichsregierung solle *den vollständigen und sofortigen Wiederbeginn der Kontroll- und Überwachungshandlungen* gewährleisten, und setzte eine achttägige Antwortfrist.¹⁶ Stresemann sah sich jedoch auch nach der Beendigung des passiven Widerstands außerstande, die Opposition der Reichswehrführung und der bayerischen Regierung gegen eine Reaktivierung des Kommissionswesens zu überwinden. Am 10. November bat er die Konferenz, sie möge ihre Forderungen zurückstellen. Deutschland befinde sich in einem *Zustand schwerer Erschütterung*, und ein Wiederbeginn der Kontrolle würde zusätzliche Gefahren heraufbeschwören.¹⁷ Gleichzeitig ging ein weiteres Schreiben ein, in dem die Reichsregierung der Botschafterkonferenz offiziell bestätigte, daß sie *nach Prüfung eines schon vor mehreren Wochen eingegangenen Gesuchs* dem Kronprinzen Wilhelm die Heimkehr nach Deutschland gestattet habe.¹⁸

Diese Koinzidenz bot dem französischen Ministerpräsidenten die günstige Gelegenheit, Kontroll- und Kronprinzenfrage miteinander zu verknüpfen und das öffentliche Interesse von der Reparationsproblematik fort auf die deutschen Vertragsverletzungen hinzulenken. Die Unterstützung durch Belgien, das sich am ehesten bedroht fühlen mußte, galt in Paris als sicher. Aber auch Engländer und Italiener hatten sich, wie es schien, mit ihrer Unterschrift unter die ultimative Note vom 3. November zumindest im Bereich der Militärkontrolle auf eine harte Linie festgelegt.

¹⁶ C. A.-233/30. 10. 23/I. Die Note wurde dem deutschen Geschäftsträger v. Hoesch am 3. 11. übergeben. SALEWSKI, a.a.O., S. 225. Belgien zählte nicht zu den alliierten Hauptmächten und verfügte deshalb auch nicht über einen ständigen Sitz in der Botschafterkonferenz. Der belgische Botschafter durfte aber an der Erörterung aller Fragen teilnehmen, die belgische Interessen berührten.

¹⁷ C. A.-235/12. 11. 23/I, Ann. A (Note der deutschen Botschaft vom 10. 11. 1923); vgl. DBFP 1, XXI, S. 891 ff.; SALEWSKI, a.a.O., S. 225.

¹⁸ C. A.-235/12. 11. 23/I, Ann. B.

3. Die Rheinlandproblematik

Stresemanns Sorgen um die Zukunft des Deutschen Reiches wurden in London und Washington weitgehend geteilt. Angesichts des rasanten Verfalls der deutschen Währung sahen kompetente ausländische Beobachter den baldigen wirtschaftlichen Kollaps und die fortschreitende Auflösung der Reichseinheit voraus. Englische Wirtschafts- und Finanzfachleute rechneten für diesen Fall mit einer langanhaltenden mitteleuropäischen Depression, die den britischen Handel stark beeinträchtigen würde.¹⁹

Der anscheinend unheilbare Konflikt mit dem Land Bayern unterminierte die Autorität der Reichsregierung und zerstörte die Vertrauensgrundlage der Großen Koalition.²⁰ Dem Rumpfkabinet Stresemann mangelte nach dem Auszug der Sozialdemokraten nicht nur der parlamentarische Rückhalt, es konnte sich auch der Loyalität der Reichswehr nicht mehr gewiß sein, deren führender Repräsentant, General v. Seeckt, Anfang November beim Reichspräsidenten den Sturz des Kanzlers betrieb.²¹

Als schwerste Bürde erwies sich aber die Verantwortung für die besetzten Gebiete. Die Wirtschaftstätigkeit an Rhein und Ruhr war weitgehend erlahmt, und die Zahl der Arbeitslosen, die aus der Reichskasse unterstützt werden mußten, stieg stetig an. Separatistenputsche, die bis zum 5. November von der belgischen Besatzungszone auf das gesamte Rheinland übergegriffen hatten, drohten Verwaltung und öffentliches Leben in Kürze zum Erliegen zu bringen.²² Die Franzosen taten alles, um die Autorität der deutschen Zentralregierung zu untergraben und die Bande zwischen dem Reich und den besetzten Gebieten zu lockern. Den Verhandlungsangeboten Berlins wichen sie mit dem Argument aus, der passive Widerstand sei in Wahrheit noch nicht beendet. Dafür knüpften sie über den Präsidenten der Rheinlandkommission, Tirard, Kontakte zu den Separatisten. Tirard trieb auch sein Projekt einer gesonderten, dem

¹⁹ Vgl. DBFP 1, XXI, S. 563 f., 581; FRUS 1923 II, S. 76 ff.

²⁰ Zum Konflikt Bayern-Reich G. SCHULZ, *Zwischen Demokratie und Diktatur. Verfassungspolitik und Reichsreform in der Weimarer Republik*, Bd. 1, Berlin 1963, S. 348 ff.; vgl. Reichskanzlei, Stresemann S. 380 ff.

²¹ Reichskanzlei, Stresemann S. 965 ff., 1151 ff., 1215 ff.; SCHULZ, a.a.O., S. 421 ff.; CARSTEN, a.a.O., S. 205 ff.; MEIER-WELCKER, a.a.O., S. 376 ff.

²² Hierzu K. D. ERDMANN, *Adenauer in der Rheinlandpolitik nach dem Ersten Weltkrieg*, Stuttgart 1966; E. BISCHOF, *Rheinischer Separatismus 1918-24*, Bern 1969; W. A. McDOUGALL, *France's Rhineland Diplomacy 1914-24*, Princeton/N. J. 1978; D. SCHLEGEL, *Der Separatismus in der Pfalz nach dem Ersten Weltkrieg*, in: *Mitteil. d. histor. Vereins d. Pfalz* 1974, S. 217 ff.; P. HÜTTENBERGER, *Methoden und Ziele der französischen Besatzungspolitik nach dem Ersten Weltkrieg in der Pfalz*, in: *Blätter f. dt. Landesgesch.* 108 (1972); C. R. WEIKARDT, *Das Rheinland in den deutsch-britischen Beziehungen 1918-23*, Diss. Bonn 1967.

französischen Franc angelehnten rheinischen Währung voran.²³ Seit Anfang Oktober führte zudem Général Degoutte, der Oberbefehlshaber der Besatzungstruppen im Ruhrgebiet, mit einer Delegation der örtlichen Großindustriellen Gespräche über die Wiederingangsetzung der Produktion. Diese MICUM-Verhandlungen sollten aus französischer Sicht die Grundlagen für eine wirtschaftlich lohnende Ausbeutung des bislang wenig produktiven Ruhrpfandes schaffen. Auch sie stellten die Integrität des deutschen Souveränitätsraumes in Frage.²⁴

Die englischen Proteste gegen die Rheinlandpolitik Poincarés nahmen Ende Oktober an Vehemenz zu und steigerten sich am 10. November zu der Warnung, die Regierung seiner Majestät betrachte die Anerkennung unabhängiger deutscher Staaten als eine Gefährdung ihrer Vertragsrechte, die sie nicht hinnehmen könne.²⁵ Der französische Ministerpräsident begegnete diesen Interventionen mit dem Hinweis auf das Selbstbestimmungsrecht der Rheinländer und die strikte Neutralität der militärischen und zivilen Besatzungsbehörden.²⁶ Der Zeitpunkt schien nun absehbar, an dem das Reich infolge finanzieller Erschöpfung die Unterstützung des Rheinlandes, insbesondere die Zahlung der Arbeitslosengelder, würde einstellen müssen. Auch Stresemann faßte unter diesen Umständen die Möglichkeit einer zumindest vorübergehenden Preisgabe der besetzten Gebiete ins Auge. Berlin stand vor der Wahl, die Rheinländer *ihrem Schicksal zu überlassen*, oder den Repräsentanten der rheinischen Bevölkerung – dem Wirtschaftsausschuß für die besetzten Gebiete unter Leitung des Kölner Oberbürgermeisters Adenauer, dem *Einundzwanzigerausschuß* des rheinischen Provinziallandtags und dem neu gebildeten *Fünfzehnerausschuß* – Vollmacht für ein Arrangement mit den Franzosen zu erteilen. Angesichts der Hilflosigkeit des Reiches, die sich in den tagelangen ergebnislosen Verhandlungen aller beteiligten Stellen in Berlin dokumentierte,²⁷ rückte die Errichtung des von Adenauer propagierten autonomen rheinischen Bundesstaates in greifbare Nähe. Als der Kölner Oberbürgermeister am 14. November mit Tirard zusammentraf, blieb sein Gesprächspartner jedoch unerwartet zurückhaltend und wich der Erörterung konkreter

²³ Ausführlich BARIÉTY, a.a.O., S. 104 ff., 221 ff., 237 ff., 250 ff.; vgl. Reichskanzlei, Stresemann S. 761 ff., 885 ff., 920 ff., 960 ff., 1000 ff., 1007 ff.

²⁴ Auf die unterschiedlichen Zielvorstellungen Degouttes und Tirards und das zeitweilige Lavieren Poincarés macht BARIÉTY, a.a.O., S. 109 ff. aufmerksam. Zu den MICUM-Verhandlungen ebenda, S. 241 ff.; Reichskanzlei, Stresemann S. 841 ff., 914 ff., 976 ff., 992 ff., 1004, Anm. 11.

²⁵ DBFP 1, XXI, S. 609, 656 ff.; vgl. BARIÉTY, a.a.O., S. 270 f.

²⁶ DBFP 1, XXI, S. 626 f., 631 f., 652; vgl. BARIÉTY, a.a.O., S. 254.

²⁷ Zum Verlauf der Diskussion nach der Besprechung Stresemanns mit Vertretern der besetzten Gebiete in Hagen am 25. 10. Reichskanzlei, Stresemann S. 761 ff. bis 1110 ff.; ERDMANN, a.a.O., S. 87 ff., 127 ff.

Neuordnungspläne aus. Der Präsident der Rheinlandkommission hatte seine Gründe: Unter dem Eindruck der Kronprinzenaffäre, die zum Vorwand für weitere Zwangsmaßnahmen gegen Deutschland dienen sollte, strebte Paris eine radikalere Lösung an, als Adenauer sie offerieren konnte.²⁸

4. Die Rückkehr des Kronprinzen

Seit seiner Internierung durch die niederländischen Behörden am Ende des Krieges hatte der Kronprinz nie die Hoffnung aufgegeben, die abgelegene Insel Wieringen bald verlassen und nach Deutschland zurückkehren zu können. Fluchtpläne wurden schon früh geschmiedet, gelangten aber nicht zur Ausführung.²⁹ Nach dem Kapp-Lüttwitz-Putsch, den der Kronprinz nicht befürwortet hatte, an dem aber einige seiner Vertrauten wie Oberst Bauer beteiligt gewesen waren, verschärfte die niederländische Regierung ihre Überwachungsmaßnahmen. Die Franzosen unterhielten einen eigenen Beobachtungsdienst, der das Geschehen in Wieringen und Doorn verfolgte und über die französische Gesandtschaft im Haag regelmäßig und detailliert nach Paris berichtete. Zur Enttäuschung des Gesandten Benoist wurde dieser *Service de Surveillance des Hohenzollern en Hollande* aber im Juli 1923 aufgelöst, da seine Erträge nach Ansicht der französischen Regierung die hohen Kosten nicht mehr rechtfertigten.³⁰ Die Bemühungen des Kronprinzen, von den deutschen Stellen eine offizielle Heimkehrerlaubnis zu erhalten, scheiterten immer wieder – so während der Oberschlesienkrise im Herbst 1921 – an der Furcht der Reichsregierungen vor einer Verschärfung der innen- und außenpolitischen Spannungen. Ein verzweifelter Appell Wilhelms an seinen Onkel, König Georg V. von England, fand ebenfalls kein Gehör.³¹ Bald nahmen sich aber in Deutschland mehrere einflußreiche konservative Persönlichkeiten der Sache des Kaisersohnes an. Der Adjutant Wilhelms, Major v. Müldner, knüpfte enge Verbindungen zu prominenten Politikern wie Kuno Graf Westarp und zu Spitzenoffizieren der Reichswehr wie Seeckt, Schleicher, Stülpnagel und Beck.³² Die Chancen des Kronprinzen stiegen

²⁸ Im nachfolgenden Gespräch mit Vertretern des Fünfeznerausschusses deutete Tirard »auf die Notwendigkeit der Bildung eines eigenen Staatswesens« hin. Zit. nach ERDMANN, a.a.O., S. 308 f. Jarres notierte: *Tirard sagte, die öffentliche Meinung in Frankreich sei sehr erregt über die Rückkehr des Kronprinzen, über die angebliche Rückkehr des Kaisers nach Bayern. Dadurch sei eine Lösung aller Fragen jetzt sehr erschwert . . . Tirard fährt morgen nach Paris.* Reichskanzlei, Stresemann S. 1112, Anm. 9.

²⁹ JONAS, a.a.O., S. 167 ff.; HERRE, a.a.O., S. 174 ff.

³⁰ Benoist (Den Haag) an A. E., 2. 7. u. 5. 7. 1923, A. E. Allemagne 29.

³¹ Brief vom 21. 10. 1921, abgedr. in JONAS, a.a.O., S. 185 f.

³² JONAS, a.a.O., S. 190 ff.; vgl. Reichskanzlei, Cuno S. 617 ff.

weiter, als am 13. August 1923 mit Gustav Stresemann einer seiner wohlwollendsten Fürsprecher das Reichskanzleramt übernahm. Aber auch Stresemann war sich der Gefahr außenpolitischer Komplikationen wohl bewußt. Erst nach zwei Monaten erhörte er die ungeduldigen brieflichen Bitten Wilhelms, aus denen die Furcht vor einem baldigen Sturz des Kabinetts sprach.³³ Auf Antrag des Kanzlers und im Beisein eines Vertreters der Preußischen Staatsregierung beschloß die Reichsregierung am 23. Oktober einmütig, dem Ersuchen des Kronprinzen um Ausstellung eines Passes g r u n d s ä t z l i c h zuzustimmen und die Erklärung des Kaisersohnes zur Kenntnis zu nehmen, daß er sich in Deutschland politisch nicht betätigen werde. Den Ausschlag für diese Entscheidung gab wohl das Argument Stresemanns, der Kronprinz könne andernfalls ohne Paß kommen und noch dazu nach Bayern gehen, *wohin er eingeladen sei*.³⁴ Zweifellos hoffte der Reichskanzler, die Einreise noch bis zum Jahresende hinauszögern zu können. Der Kronprinz traf aber sofort alle Vorbereitungen und überhörte geflissentlich die Mahnung Stresemanns, den Rückreisetermin im Einvernehmen mit dem Auswärtigen Amt festzusetzen.³⁵ Er geriet auch unter Zeitdruck, denn die Angelegenheit ließ sich nicht lange geheimhalten. Stresemann selbst hatte London am 27. Oktober über Botschafter D'Abernon vertraulich in Kenntnis gesetzt,³⁶ und schon am 3. November wußte der englische Gesandte Marling dem *Foreign Office* aus Den Haag von einer unmittelbar bevorstehenden Abreise Wilhelms zu berichten.³⁷ Der französische Botschafter de Margerie fand in der rechtsgerichteten »Deutschen Zeitung« vom 2. November einen ersten Hinweis auf die Rückkehrerlaubnis der Reichsregierung. Als er Paris am 7. November das Einverständnis der verantwortlichen Berliner Stellen bestätigen konnte und zur gleichen Zeit auch von Benoist alarmierende Neuigkeiten eintrafen, schaltete Graf Peretti de la Rocca, der Direktor der Politischen Abteilung des Quai d'Orsay, die Botschafterkonferenz

³³ Briefwechsel abgedr. in G. STRESEMANN, Vermächtnis, hrsg. v. H. BERNHARD, Berlin 1932, Bd. 1, S. 215 ff.; vgl. R. H. PHELPS, Aus den Seeckt-Dokumenten, in: Deutsche Rundschau 78 (Sept. 1952), S. 883.

³⁴ Reichskanzlei, Stresemann S. 698 f. Diese Äußerung steht möglicherweise im Zusammenhang mit einer Anfang Oktober 1923 erlassenen Proklamation der (antikatholischen) Anhänger Ludendorffs in Bayern, die den Kronprinzen als den einzigen rechtmäßigen deutschen Thronprätendenten bezeichnete. Benoist an A. E., 3. 10. 1923, A. E. Allemagne 29.

³⁵ Aufz. Stresemanns vom Frühjahr 1924, Vermächtnis I, S. 223 f.

³⁶ Lord D'ABERNON, Memoiren, Leipzig 1929, Bd. 2, S. 310 f., 314 f. Curzon kommentierte am 29. 10. drastisch, der Reichskanzler müsse »ein noch größerer Esel sein als der Kronprinz.« Zit. nach ZWEHL, a.a.O., S. 618.

³⁷ DBFP 1, XXI, S. 879, Anm. 3.

ein.³⁸ Entsprechend einem Beschluß vom 8. November wiesen die Botschafter die deutsche Vertretung am 9. November auf die *impression déplorable* hin, die eine Rückkehr des Kronprinzen in den alliierten Staaten hervorrufen würde. Am folgenden Tag hielten sie die niederländische Regierung über die alliierten Vertreter im Haag zu *außergewöhnlichen Sicherheitsmaßnahmen* an, um einer *Gefährdung des Weltfriedens* vorzubeugen.³⁹ Zum Zeitpunkt dieser Kollektivdemonstration hatte der Kronprinz das Land jedoch bereits verlassen – ohne Wissen und gegen den Willen seines Vaters, aber mit ausdrücklicher Billigung Den Haags.⁴⁰ Der französische Gesandte fühlte sich zu Recht düpiert.⁴¹

Handelte Stresemann allein aus ehrlicher Sympathie für den seiner Meinung nach verkannten Kronprinzen, oder verband er politische Absichten mit der Rückkehrerlaubnis? Lord Curzons Informationen besagten, daß der Reichskanzler den Kaisersohn als ein *Gegengewicht* gegen mögliche Ansprüche des Wittelsbacher Kronprinzen Rupprecht auf die Krone des Reiches in Reserve halten wollte. Zweifellos spielte der Gedanke an eine spätere Restauration der Monarchie im Hintergrund eine Rolle.⁴² Für den Augenblick ließ sich Stresemann aber wohl von einfacheren und realistischeren Überlegungen leiten. Untersagte er eine Rückkehr des Kronprinzen, verlor er bei der Reichswehr und in rechtsgerichteten Bevölkerungskreisen weiter an Vertrauen. Suchte Wilhelm in Bayern Zuflucht, erlitt das Prestige der Berliner Zentralgewalt einen neuen Schlag. Der Grenzübertritt ausgerechnet am 10. November legt die Vermutung nahe, daß die Vorgänge in Süddeutschland nicht ohne Einfluß auf die Entschlußfassung des Kronprinzen blieben. Vermutlich sah er – wie manch anderer auch – eine dramatische Entwicklung innerhalb der nächsten Tage oder Wochen voraus, die für seine eigene Zukunft günstige Perspektiven eröffnen würde.⁴³ Stresemann glaubte jedenfalls nicht

³⁸ De Margerie an A. E., 2. 11., 6. 11. u. 7. 11.; Peretti an de Margerie, 7. 11., A. E. Allemagne 29.

³⁹ C. A.-234/8. 11. 23/III mit Ann. C, D.

⁴⁰ JONAS, a.a.O., S. 195.

⁴¹ C. A.-235/12. 11. 23/I, Ann. E (Benoist an A. E., 10. 11.); vgl. DBFP 1, XXI, S. 879 ff. Die niederländische »Komplicenschaft« erregte nicht nur in Paris, sondern auch in London heftiges Mißfallen. A.a.O., S. 929 ff.

⁴² Vgl. DBFP 1, XXI, S. 899 f.; H. A. TURNER jr., Stresemann – Republikaner aus Verunft, Berlin-Frankfurt/M. 1968, S. 142 f.; ZWEHL, a.a.O., S. 618; K. SENDTNER, Rupprecht von Wittelsbach, Kronprinz von Bayern, München 1954, S. 525; HERRE, a.a.O., S. 184 ff.

⁴³ In den französischen Akten finden sich einige allerdings recht vage Hinweise auf direkte Verbindungen des Kronprinzen nach München. So meldete Benoist am 8. 10. 1923, ein Kurier aus München habe den Kronprinzen in Wieringen besucht und ihn zur Rückkehr nach Deutschland aufgefordert. Schon am 11. 8. 1923 hatte der Gesandte zu berichten gewußt, daß v. Müldner zeitweilig durch einen Major Ehrhardt vertreten werde, bei dem es sich um den Neffen »des bekannten Agitators« und Freikorpsführers

an eine politische Betätigung des Hohenzollern und ebensowenig rechnete er mit drastischen Gegenmaßnahmen der Alliierten. Wie die nachfolgenden Ereignisse zeigen sollten, ging er damit ein beträchtliches Risiko ein.

II. Die Beratungen der Botschafterkonferenz

1. Die Kompetenzfrage

Auf die Nachricht hin, General Ludendorff habe in München eine Militärdiktatur ausgerufen, beantragte die französische Regierung am Vormittag des 9. November eine sofortige Sondersitzung der Botschafterkonferenz. Die Diplomaten sollten die deutsche Regierung warnen, daß sich die Alliierten einer Bewegung gegenüber nicht indifferent verhalten könnten, deren eigentliches Ziel die Zerstörung des Versailler Vertrags sei.⁴⁴ Das *Foreign Office* zögerte seine Zustimmung hinaus, und am Nachmittag stand bereits fest, daß die Putschisten eine völlige Niederlage erlitten hatten. Die Notwendigkeit raschen gemeinsamen Handelns war aus der Sicht Londons mithin nicht mehr gegeben. In einem Telegramm an Lord Crewe vom 10. November sah sich Außenminister Curzon noch zu einer grundsätzlichen Feststellung genötigt: Die Frage einer alliierten Reaktion auf den *Ludendorff coup* fiele nicht in die Kompetenz der Botschafterkonferenz und hätte in jedem Fall *durch den normalen diplomatischen Kanal* behandelt werden müssen.⁴⁵ Curzon unterstrich damit die britische Rechtsauffassung, wonach dem Diplomatengremium lediglich die Funktion eines *clearing house* für die Probleme zukam, die sich unmittelbar aus der Durchführung der Friedensverträge ergaben. Seine Feststellung ließ aber auch deutlich das Mißtrauen des *Foreign Office* gegenüber einer Institution erkennen, die zu einer recht großzügigen Interpretation ihrer Befugnisse neigte und gelegentlich sogar – wie etwa während der Korfu-Krise – eigenmächtige Entscheidungen getroffen hatte.

Das rasche Scheitern des nicht von Ludendorff, sondern von Hitler

handle. Benoist an A. E., 11. 8. u. 8. 10. 1923, A. E. Allemagne 29. Benoist und de Margerie unterstellten dem Kronprinzen politische Rückkehrmotive. Margerie meinte am 3. 11., anders als Rupprecht v. Wittelsbach werde sich Wilhelm nicht lange mit der *rôle de monarque honoraire* zufriedengeben, und Benoist vermutete, der Kronprinz *ne veuille pas perde sans la jouer la partie engagé par les Wittelsbach contre les Hohenzollern* . . . Margerie an A. E., 3. 11., u. Benoist an A. E., 5. 11., ebenda.

⁴⁴ Crewe an F. O., 9. 11., DBFP 1, XXI, S. 875 f. Ähnliche Vorhaltungen machte de Margerie am selben Tag Stresemann. Reichskanzlei, Stresemann S. 1004, Anm. 15; STRESEMANN, Vermächtnis I, S. 205 ff.

⁴⁵ DBFP 1, XXI, S. 878 f.

inszenierten Münchner Putsches⁴⁶ entlastete die Regierung Stresemann in zweifacher Hinsicht. Es entzog einer ausländischen Intervention den Boden⁴⁷ und nahm den bayerischen Druck vom Reich fort. Das Gegenüber dreier Gewalten – des Generalstaatskommissars Ritter v. Kahr, der amtierenden Regierung v. Knilling und des Führers der nationalen Verbände, Hitler, hatte ein politisches Chaos bewirkt, das weder den *Marsch auf Berlin* noch die Restauration der Wittelsbacher zuließ.⁴⁸

Die Rückkehr des Kronprinzen und die negative deutsche Antwort auf die Militärkontrollnote stellten diese günstige Entwicklung aber augenblicklich wieder in Frage. Sie erlaubten es den Franzosen, ihre für den 9. November geplanten Forderungen mit einer anderen Begründung doch noch vorzubringen. In diesem Fall ließ sich das Recht Poincarés, die Botschafterkonferenz einzuschalten, schwerlich bestreiten. Mit Zustimmung Londons hatte die Konferenz schon am 8. November die Kronprinzenfrage aufgegriffen, und für die deutsche Abrüstung trug sie ohne Zweifel die Hauptverantwortung. Das Foreign Office beschränkte sich deshalb vorerst auf die Mahnung an Lord Crewe, keinen Beschluß zuzulassen, *without giving His Majesty's Government opportunity for deliberation*.⁴⁹

2. Die französischen Sanktionsforderungen

Welche Absicht verfolgte die französische Regierung mit ihrem Antrag vom 12. November? Gab sie lediglich dem Druck der öffentlichen Meinung nach, die durch die Berichte aus Deutschland tief beunruhigt war? Bisher hatte es Poincaré allerdings keine allzu große Mühe gekostet, die Stimmung der Bevölkerung in die gewünschte Richtung zu lenken. Dennoch ist ein gewisser Handlungszwang nicht zu leugnen. Seit Wochen

⁴⁶ H. H. HOFMANN, *Der Hitlerputsch. Krisenjahre deutscher Geschichte 1920–24*, München 1961; E. DEUERLEIN (Hrsg.), *Der Hitlerputsch. Bayerische Dokumente zum 8./9. November 1923*, Stuttgart 1962; H. J. GORDON, *Hitlerputsch 1923. Machtkampf in Bayern 1923–24*, Frankfurt/M. 1971; H. FENSKE, *Konservatismus und Rechtsradikalismus in Bayern nach 1918*, Bad Homburg 1969, S. 185 ff.; G. SCHULZ, *Aufstieg des Nationalsozialismus. Krise und Revolution in Deutschland*, Frankfurt/M.–Berlin–Wien 1975, S. 355 f.; D. STEGER, *Der Hitlerputsch und Bayerns Verhältnis zum Reich 1923/24*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 25 (1977), S. 441 ff.; Reichskanzlei, Stresemann S. 998 ff., 1011 ff.

⁴⁷ Für den Fall eines erfolgreichen Verlaufs des Putsches rechnete der englische Gesandte in München, Clive, mit einem französischen Einmarsch nach Bayern. DBFP 1, XXI, S. 889, Anm. 3. Vgl. P. C. HARTMANN, *Der Hitlerputsch (1923) im Urteil der französischen Gesandtschafts- und Botschaftsberichte*, in: *Francia* 5 (1977), S. 453 ff.

⁴⁸ Hitler hatte offenbar geglaubt, einer die Einheit des Reiches zerstörenden Restauration der Wittelsbacher in Bayern zuvorkommen zu müssen. Reichskanzlei, Stresemann S. 604 ff., 683 ff., 1011 ff., 1182 f., 1194.

⁴⁹ DBFP 1, XXI, S. 883, 893, Anm. 7; vgl. L. ZIMMERMANN, *Frankreichs Ruhrpolitik von Versailles bis zum Dawes-Plan*, hrsg. v. P. FUCHS, Göttingen 1972, S. 78 f.

wurde der Ministerpräsident von Politikern, Militärs und Industriellen gedrängt, er solle den Ruhrsieg endlich ausnutzen und irreversible Fakten schaffen.⁵⁰ Ließ er die gegenwärtige Chance verstreichen, würde der Vorwurf des Zauderns unüberhörbar werden.

In einem Rundtelegramm an die wichtigsten diplomatischen Vertretungen Frankreichs begründete Poincaré am 13. November die Anrufung der Botschafterkonferenz und demonstrierte Entschlossenheit: *La rentrée du Kronprinz en Allemagne, les bruits de retour prochain de l'Empereur lui-même,*⁵¹ *la réponse dilatoire du Reich au sujet de l'exercice du contrôle militaire interalliée, apparaissent au Gouvernement de la République comme de très graves symptômes de l'état d'esprit allemand . . .* Sollten die von der Konferenz an Deutschland zu richtenden Forderungen unerfüllt bleiben, werde Frankreich »Genugtuung sowie rasche und harte Sanktionen« verlangen. Am wirksamsten wäre in diesem Fall eine gemeinsame Besetzung Hamburgs. Ließe sich aber eine solche alliierte Aktion nicht bewerkstelligen, »wird die öffentliche Meinung uns gewiß zu isolierten Sanktionen zwingen.«⁵²

Ein französischer Alleingang war also bereits einkalkuliert. Und in der Tat durfte Poincaré nach den heftigen englisch-französischen Auseinandersetzungen der letzten Tage, in deren Verlauf beide Seiten unverhohlenen Konsequenzen für das Bündnis angedroht hatten,⁵³ kaum damit rechnen, London für die Durchführung neuer Zwangsmaßnahmen zu gewinnen. Der Appell an die alliierte Solidarität verfolgte einen anderen Zweck. Er sollte die englische Regierung ins Unrecht setzen und von ihren Verbündeten trennen. Juristisch befand sich Paris in einer starken Position – nach Meinung Lord Crewes sogar in einer solideren als zur Zeit des Ruhreinmarsches.⁵⁴ Der deutsche Widerstand gegen die Militärkontrolle

⁵⁰ BARIÉTY, a.a.O., S. 249. Vgl. Comte de SAINT-AULAIRE, *Confession d'un vieux diplomate*, Paris 1953, S. 670 ff.

⁵¹ Dem nun überaus mißtrauischen Benoist war zu Ohren gekommen, der Kaiser habe für sich und seine Angehörigen Pässe besorgen lassen. Benoist an A. E., 13. 11., A. E. Allemagne 29.

⁵² Rundtelegramm Poincarés, 13. 11., A. E. Allemagne 238 (Exécution du Traité de Versailles. Sanctions 1. 2.–15. 11. 1923).

⁵³ Am 7. 11. war Botschafter Saint-Aulaire von Sir Eyre Crowe bedeutet worden, London habe kein Vertrauen mehr zu der französischen Regierung, die auf die Zerstörung Deutschlands hinarbeite. Poincaré reagierte mit der Warnung an Crowe, er sei *amené à rompre toute conversation diplomatique avec son gouvernement*, falls sich derart »unerträgliche Angriffe« wiederholten. BARIÉTY, a.a.O., S. 270 f.

⁵⁴ Crewe an F. O., 12. 11., DBFP 1, XXI, S. 891, Anm. 3. Auch der Staatssekretär des italienischen Außenministeriums, Contarini, und der päpstliche Nuntius in München, Pacelli, vertraten die Ansicht, die Reichsregierung habe sich durch die Gewährung der Rückkehrerlaubnis ins Unrecht gesetzt. Neurath an Auswärtiges Amt, 15. 11.; Haniel an Auswärtiges Amt, 16. 11., Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, Büro Reichsminister 30, Bd. 3 (zit. PA, AΛ, Büro RM).

rührte an ein verbrieftes Vertragsrecht der Siegermächte und konnte als eine Gefährdung der belgischen und französischen Sicherheit ausgelegt werden. Die Möglichkeit, eine Auslieferung der »Kriegsverbrecher« zu beantragen, hatten sich die Alliierten im August 1922 formell offengehalten.⁵⁵ Zudem gab es für gemeinsame, »im Interesse des Weltfriedens« unternommene Schritte gegen restaurative Bestrebungen einen gewichtigen Präzedenzfall. Im Frühjahr und ein zweites Mal im Herbst 1921 hatte die Botschafterkonferenz durch Interventionen in Budapest eine Thronbesteigung Karls von Habsburg verhindert, den formellen Ausschluß der Dynastie Habsburg von der ungarischen Thronfolge durchgesetzt und schließlich die Internierung des Ex-Monarchen auf der Insel Madeira erzwungen.⁵⁶

Auch die politischen Konstellationen schienen Poincaré günstig. Auf italienische Unterstützung oder zumindest wohlwollende Neutralität glaubte er zählen zu können, da er Mussolini während der Korfu-Krise mit Hilfe der Botschafterkonferenz vor einer Verurteilung durch den Völkerbund und damit vor einer möglicherweise folgenreichen diplomatischen Niederlage bewahrt hatte. Dem italienischen Botschaftsrat und Konferenzdelegierten Graf Vannutelli Rey erschien die Kronprinzenaffäre denn auch sogleich als eine »Prestigefrage«, und im Gespräch mit Peretti befürwortete er am 12. November ein Auslieferungersuchen und nötigenfalls Sanktionen.⁵⁷ Große Bedeutung kam der belgischen Haltung zu. Auf Brüssel war zuletzt nicht mehr in jedem Punkt Verlaß gewesen. Die Entscheidung zugunsten der angelsächsischen Reparationsinitiative und die Beseitigung der Separatistenherrschaft in der belgischen Besatzungszone⁵⁸ widersprachen dem Konzept Poincarés und trübten das diplomatische Klima zwischen den beiden Hauptstädten. Andererseits hatte die belgische Regierung nie einen Zweifel daran gelassen, daß sie die Restauration der Hohenzollern-Dynastie und die Wiederaufrüstung

⁵⁵ Note der Botschafterkonferenz vom 23. 8. 1922, C. A.-187/2. 8. 22/VIII, Ann. D.

⁵⁶ O. CARMÍ, *La Grande Bretagne et la Petite Entente*, Genf 1972, S. 34 ff. Nach G. P. PINK, *The Conference of Ambassadors 1920-31*, Genf 1942, S. 247 ff. u. 252 ff. stand den Alliierten weder in diesem Fall noch in der Kronprinzenaffäre ein Interventionsrecht zu.

⁵⁷ Aufz. Perettis vom 12. 11., A. E. Allemagne 29. Der französische Botschafter in Rom, Barrère, erinnerte Mussolini am 15. 11. ausdrücklich daran, daß Paris ihm während der Korfu-Krise Unterstützung gewährt habe, wohingegen die englische Regierung bereit gewesen sei, Italien »vor das Tribunal des Völkerbundes zu zerren.« Barrère an A. E., 15. 11., A. E. Allemagne 29.

⁵⁸ Kilmarnock zufolge hatte sich die Lage in der belgischen Besatzungszone am 5. 11. stabilisiert. Schon am 25. 10. hatte Jaspar dem französischen Botschaftsrat Jaunez erklärt, Brüssel wolle in der Rheinlandfrage nur im Einvernehmen mit London handeln, denn es fürchte »l'encerclement et la sujétion de la Belgique.« DBFP 1, XXI, S. 629 f.; BARIÉTY, a.a.O., S. 269.

Deutschlands als Verletzung vitaler Interessen des eigenen Volkes werten würde. Dem Wunsch der Franzosen, gegen diese Gefahren gemeinsam Front zu machen, konnte sie sich daher nur schwer entziehen. Die ersten Nachrichten aus Brüssel schienen eine solche Einschätzung zu bestätigen. Am 13. November telegrafierte Botschafter Herbette, die Regierung Theunis erachte die Rückkehr des Kronprinzen und die Verweigerung der Militärkontrolle als *contraire à la dignité et à la sécurité de la Belgique et des Alliés*, und tags darauf ergänzte er, der belgische Minister rat sei *d'accord pour estimer que la Belgique devait se joindre sans restrictions aux mesures de coercition qui pourraient être prises en cette matière*.⁵⁹

Die politischen Voraussetzungen hielt Poincaré damit für geschaffen. Nun erwartete er die Antworten von Marschall Foch und Kriegsminister Maginot auf sein Ersuchen vom 13. November, »in äußerster Eile« Vorschläge hinsichtlich der verschiedenen Möglichkeiten territorialer Sanktionen – alliierter wie von Frankreich eigenständig durchzuführender – zu unterbreiten. Die vorsichtig zurückhaltenden Stellungnahmen der beiden obersten militärischen Autoritäten bereiteten dem französischen Ministerpräsidenten am 15. November eine erste Enttäuschung.⁶⁰ Gegen eine Besetzung Hamburgs und weiterer Hafenstädte sprachen nach Ansicht Fochs die mangelnde englische Kooperationsbereitschaft,⁶¹ nach Auffassung Maginots die Stärke der deutschen Küstenbatterien. Ein Vordringen in Richtung Frankfurt–Mannheim–Darmstadt schlossen beide als militärisch wertlos und überdies strategisch bedenklich aus, da es einen Abzug von Besatzungstruppen aus der Ruhr nötig mache und eine Zersplitterung der Kräfte heraufbeschwöre. Angesichts der geringen zur Verfügung stehenden Mittel bleibe nicht mehr übrig als eine »Frontbegradigung« im Rhein–Ruhrgebiet, konkret die Inbesitznahme des industriellen Ballungsraumes Elberfeld–Barmen mit seinen etwa 320 000 Einwohnern. Dies würde die Lücke zwischen dem von England gehaltenen Kölner Brückenkopf und dem französisch besetzten Ruhrgebiet schließen und den Flankenschutz der Okkupationstruppen an der Ruhr verstärken. Alle denkbaren weitergehenden Maßnahmen bis zum Marsch auf Berlin erforderten eine Teil- oder gar eine Generalmobilmachung. Foch wie

⁵⁹ Herbette (Brüssel) an A. E., 13. 11. u. 14. 11., A. E. Allemagne 29. Der englische Botschafter Grahame fand Jaspar am 13. 11. *full of gloomy forebodings as to what might happen in consequence . . . Minister of Foreign Affairs apprehends French military action and further occupation such as Frankfurt, and said that if this were done Belgian public opinion would strongly favour Belgian participation*. DBFP 1, XXI, S. 894.

⁶⁰ Poincaré an Kriegsminister, Marineminister und Marschall Foch, 13. 11.; Foch an Poincaré, 15. 11.; Maginot an Poincaré, 15. 11., A. E. Allemagne 238.

⁶¹ Foch hatte Peretti schon am 13. 11. darauf hingewiesen, daß die Engländer eine Okkupation oder selbst die Blockade Hamburgs mit Sicherheit als eine *trop grosse affaire* ansähen. Aufz. Perettis vom 13. 11., A. E. Allemagne 29.

Maginot betonten, daß eine englische Mitwirkung außerordentlich wünschenswert sei und den moralischen Effekt der Elberfeld-Barmen-Operation erhöhen werde. Der Marschall ging seiner Gewohnheit gemäß weiter und erteilte politische Ratschläge. Eine Ausdehnung des französischen Besatzungsgebiets könne – wie die Ruhrbesetzung zeige – die prinzipielle Einstellung der Reichsregierung nicht ändern; andererseits bringe sie eine unter dem Aspekt der »gegenwärtigen wirtschaftlichen Schwierigkeiten« bedenkliche Kostensteigerung mit sich. Eine militärische Aktion, auch eine isolierte französische, sei im Grunde nur dann sinnvoll und wirksam, *si elle est accompagnée des mesures prises en Rhénanie dans le but d'y soustraire les administrations à la direction de Berlin, ou à celle de Munich* . . . Dieser Gedanke fand ein Echo in der Forderung Maginots, vor einem weiteren Ausgreifen über den Rhein die »rückwärtigen Verbindungen absolut zu sichern« und die *rhénanisation de la Rhénanie* zu vollenden.

Ohne die angeführten politischen Argumente zu würdigen, teilte Poincaré dem Kriegsminister umgehend seinen Entschluß mit. Falls die britische Delegation ihre Haltung auf der für den Abend anberaumten Botschaftersitzung nicht ändere, *nous serons amenés . . . à procéder immédiatement à l'extension de notre occupation dans la Ruhr, par l'occupation de Barmen et de Elberfeld. Il y a le plus grand intérêt à ce que cette mesure soit exécutée aussi rapidement que possible.*⁶²

3. Die englische Antwort

Die englische Regierung demonstrierte zunächst ihren Willen, sich in einer derart schwerwiegenden Frage nicht unter Zeitdruck setzen zu lassen. Über Lord Crewe beantragte sie, die ursprünglich für den 14. November vorgesehene Sondersitzung der Botschafterkonferenz um einen Tag zu verschieben.⁶³ Aus Londoner Sicht traten juristische Argumente eindeutig hinter politische Überlegungen zurück. Für Baldwin, Curzon und Eyre Crowe kamen neue militärische Sanktionen, die den Zerfall Deutschlands zwangsläufig beschleunigen und die Machtergreifung antidemokratischer Kräfte erleichtern mußten, nicht in Frage. Wenn man verhindern wollte, daß Frankreich einen Kordon abhängiger Rheinstaaten schuf, die Ruhrindustrie vollends seiner Kontrolle unterwarf und damit alle Voraussetzungen für eine internationale Reparationsregelung zerstörte, dann mußte Poincaré jetzt Einhalt geboten werden. Diese Festigkeit wurde der englischen Regierung auch von der Sorge um das eigene politische Überleben

⁶² Poincaré an Maginot, 15. 11., A. E. Allemagne 29.

⁶³ DBFP 1, XXI, S. 893, Anm. 9.

diktiert. Baldwins innen- und zollpolitisch motivierte Entscheidung, das Parlament vorzeitig aufzulösen und Neuwahlen anzuberaumen, erwies sich für die regierenden Konservativen zunehmend als Belastung.⁶⁴ Mit sicherem Gespür für die Stimmung im Lande konzentrierten die Labour Party und die von Lloyd George geführten Liberalen ihre Kritik auf die Außenpolitik der Regierung. Im Unterhaus und in Wahlkampfveranstaltungen klagten sie Baldwin an, durch seine Kapitulation vor dem »französischen Militarismus« die Hauptverantwortung für die wirtschaftliche Misere und die Millionenarbeitslosigkeit auf der Insel zu tragen.⁶⁵ Allein schon die Tolerierung neuer französischer Sanktionen war deshalb geeignet, die Wahlaussichten der Regierungspartei drastisch zu vermindern.

Auf einer mehrstündigen Sondersitzung legte das englische Kabinett am 14. November die Marschroute fest.⁶⁶ Anschließend übermittelte Lord Curzon den Botschaftern in Paris, Rom und Brüssel detaillierte Instruktionen, wobei er eine strikte Trennung von Kontroll- und Kronprinzenfrage beachtete.⁶⁷ Am Abend des folgenden Tages verlas Lord Crewe seinen Botschafterkollegen das britische Memorandum:⁶⁸ Die Regierung Seiner Majestät halte ungeachtet des geringen innenpolitischen Durchsetzungsvermögens der Regierung Stresemann prinzipiell an dem alliierten Militärkontrollrecht fest und befürworte Inspektionen in den Gebieten, die der Autorität Berlins zweifelsfrei unterstünden. Eine »vollständige und sofortige« Wiederaufnahme der Kontrolloperationen erachte sie hingegen aus praktischen Gründen für undurchführbar. Die Androhung und Verhängung gemeinsamer Sanktionen lehne sie ebenso strikt ab wie Sanktionen einzelner Verbündeter. Die Militärkontrolle gehe alle Signatarmächte des Versailler Vertrags gleichermaßen an, und kein Land dürfe aus eigenem Gutdünken die Durchführung der Vertragsbestimmungen erzwingen.

In seiner Erwiderung zu diesem Punkt stellte der französische Konferenzpräsident Jules Cambon fest, daß ein Verzicht auf Sanktionsdrohungen die Übersendung jeder weiteren Note sinnlos mache. Deutschland rüste voll auf und sei *en train de préparer une guerre de revanche*. Marschall Foch unterstrich diese Behauptung durch einen düsteren Lagebericht über Truppenkonzentrationen in verschiedenen Teilen des Reiches.

⁶⁴ Die endgültige Entscheidung für Neuwahlen am 6. 12. 1923 fiel erst zwischen dem 9. und 13. 11. im Kabinett. J. RAMSDEN, *The Age of Balfour and Baldwin 1902–40. A History of the Conservative Party*, London 1978, S. 178 f.

⁶⁵ Die Labour Party begründete ihren Mißtrauensantrag am 15. 11. im Unterhaus mit der »verfehlten auswärtigen Politik« der Regierung. SCHULTHESS' *Europäischer Geschichtskalender 1923*, S. 280 ff., 287 f.

⁶⁶ Public Record Office, Cabinet 55 (23) 4, 14. 11. 1923; vgl. ZWEHL, a.a.O., S. 620 f.

⁶⁷ DBFP 1, XXI, S. 896 ff.

⁶⁸ C. A.-237/15. 11. 23/I, II; vgl. DBFP 1, XXI, S. 902 ff.

Seine Ausführungen gipfelten in der These, Deutschland verletze »systematisch« die Abrüstungsbestimmungen und könne innerhalb kürzester Zeit 800 000 Mann bewaffnen.

Während Baron Avezana Vermittlungsmöglichkeiten zu erkunden suchte,⁶⁹ stellte sich der belgische Delegierte Baron de Gaiffier rückhaltlos hinter die französischen Forderungen. Die Alliierten sollten nur Einigkeit demonstrieren, dann werde Deutschland gewiß zurückweichen. Notfalls müsse man eben die Ermordung einiger Kontrolloffiziere in Kauf nehmen. Cambon beendete die Aussprache zu diesem Punkt mit der Mahnung, es sei nun an der englischen Regierung, sich den Auffassungen ihrer Verbündeten weiter zu nähern.

Zur Frage des Kronprinzen stellte Crewe fest, daß sich ein Auslieferungersuchen wohl juristisch begründen ließe, von der Reichsregierung aber nicht zu erfüllen sei. Im Stillen hätten die Alliierten die Hoffnung auf Übergabe und Aburteilung der »Kriegsverbrecher« ohnehin längst begraben. Mit Ungarn sei Deutschland nicht vergleichbar. Es gebe keine starke restaurative Bewegung, und ein Auslieferungsantrag würde dem Kronprinzen größere politische Bedeutung verleihen, als ihm zukomme. Die Botschafterkonferenz könne die Regierung Stresemann auf ihre Verantwortung für alle eventuellen Konsequenzen der Rückkehr hinweisen. Zwangsmaßnahmen dürften allerdings nur mit ausdrücklicher Billigung aller in der Konferenz vertretenen Regierungen getroffen werden.

Cambon meinte demgegenüber, der Kronprinz könne zum Kristallisationspunkt aller monarchistischen und revanchistischen Kräfte und zum Wegbereiter für die Heimkehr des Kaisers werden. Frankreich bestehe nicht auf seiner Auslieferung, sondern sei gegebenenfalls mit einer Verbannung zufrieden. Dieser scheinbar gemäßigten Haltung brachten sowohl der italienische als auch der belgische Botschafter Verständnis entgegen. De Gaiffier erachtete den Aufenthalt des Kronprinzen in Deutschland für *intolérable* und wünschte eine Sanktionsdrohung, selbst wenn der Vertragsbuchstabe sie nicht decke.⁷⁰ Der japanische Botschafter Vi-

⁶⁹ Graf Vannutelli hatte dem französischen Konferenzmitglied Jules Laroche kurz vor der Sitzung anvertraut, Baron Avezana sei den Franzosen sehr gewogen, habe aber *des instructions générales . . . qui ne lui permettaient pas d'aller aussi loin que nous le souhaitions*. Vannutelli solle deshalb nach einem *terrain de conciliation entre les Anglais et nous* suchen. Laroche hielt dem Italiener jedoch die »strikten Weisungen« Poincarés entgegen. Aufz. Laroche vom 15. 11., A. E. Allemagne 238. Barrère meldete am selben Tag Zweifel an, ob Rom territorialen Sanktionen zustimmen werde. Barrère an A. E., 15. 11., ebenda.

⁷⁰ Ebenfalls noch vor der Sitzung hatte de Gaiffier gegenüber Peretti geäußert, Crewe und Avezana könnten ihn nicht von der Überzeugung abbringen, *que, si des mesures extrêmement rigoureuses n'étaient pas arrêtés d'un commun accord par les Alliés, la France et la Belgique seraient obligées de faire la guerre à l'Allemagne*. Poincaré an Herbette, 15. 11., A. E. Allemagne 238.

comte Ishii beschränkte sich auf die Erklärung, die geplanten Zwangsmaßnahmen sollten keinen militärischen Charakter haben. Lord Crewe war aber durch seine Weisungen gebunden und lehnte auch eine Verbannungsforderung als »praktisch undurchführbar« ab. Cambon erinnerte abschließend noch einmal daran, daß seine Regierung entschlossen sei, notfalls allein zu handeln. Als letzten Termin für eine zufriedenstellende englische Antwort nannte der französische Konferenzdelegierte Jules Laroche den 17. November. Poincaré werde von allen Seiten bestürmt und könne nicht mehr länger warten. Er habe bereits die Haushaltsdebatte der Kammer verlassen, um den bohrenden Fragen der Parlamentarier zu entgehen.⁷¹

4. Die Konfrontation

Die Beratungen der Botschafterkonferenz hatten dem Foreign Office gezeigt, daß die Drohung Poincarés ernst zu nehmen war und die englische Regierung mit ihrer konsequenten Ablehnung von Sanktionsdrohungen vorerst noch allein stand. Curzon und Crowe suchten deshalb weiter Zeit zu gewinnen, um den britischen Einfluß in Rom und Brüssel wirken zu lassen. Sie wußten, daß jeder Tag, der ohne neue Sensationsmeldungen aus Deutschland verging, militärische Strafaktionen Frankreichs unglaubwürdiger machen würde. In Rom standen die Zeichen günstig. Botschafter Sir Ronald Graham berichtete am 16. November, Mussolini habe Baron Avezana angewiesen, Lord Crewe bei den kommenden Verhandlungen den Rücken zu stärken.⁷² Am selben Abend stellte Mussolini in einer vielbeachteten Senatsrede klar, daß die italienische Regierung einer Besetzung weiterer deutscher Gebiete und einer Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Reiches nicht zustimmen werde.⁷³ Der Entschluß, die Führungsrolle Londons anzuerkennen, gründete sich gleichermaßen

⁷¹ Am 13. 11. waren in Frankreich die Parlamentsferien zu Ende gegangen. Hoesch telegraphierte am 16. 11.: *Frankreich hat gestern in Botschafterkonferenz heiße Schlacht gefochten. Allgemeiner Zweck plötzlich vehementen Aufgreifens Kronprinzen- und Kontrollfrage ist . . . Ablenkung Weltmeinung von französischer Reparationspolitik und Konzentrierung Aufmerksamkeit auf ein angeblich revanchelüsternes und reaktionäres Deutschland.* PA, AA, Büro RM 7, Bd. 2.

⁷² Für die Sitzung vom 15. 11. waren diese Weisungen zu spät gekommen. DBFP 1, XXI, S. 909 ff., 913 f. Auch Berlin mühte sich intensiv um italienische Unterstützung. AA an Neurath, 18. 11., PA, AA, Büro RM 30, Bd. 3.

⁷³ DBFP 1, XXI, S. 671, Anm. 1; vgl. S. 914. Barrère unterrichtete Poincaré am 17. 11., Mussolini habe »in fast allen Punkten gegen Frankreich Stellung bezogen.« Tags darauf berichtete er nach einem Gespräch mit Mussolini, in der italienischen Außenpolitik sei offenbar eine Umorientierung eingetreten; sie befinde sich nicht mehr im Einklang mit der französischen Politik. Zudem könne man den Worten des Ministerpräsidenten nicht immer trauen. Barrère an A. E., 17. 11. u. 18. 11., A. E. Allemagne 29. Mussolini wiederum versicherte Graham am 18. 11., er habe einen geharnischten Protest Barrères zu-

auf die Furcht vor einem übermächtigen Frankreich wie auf den Wunsch, den englischen Konservativen, die dem Faschismus indifferent bis wohlwollend gegenüberstanden, das Weiterregieren zu erleichtern.⁷⁴ Anscheinend hoffte Mussolini auch, sich durch eine betont staatsmännische Haltung vom Makel des politischen Abenteuerertums zu befreien, der ihm seit der Korfu-Krise anhaftete.

Zu welcher Seite die Belgier schließlich neigen würden, war noch ungewiß. Ein Bericht des englischen Botschafters Grahame vom 15. November ließ vermuten, daß die kompromißlosen Äußerungen Gaiffiers in Paris nicht das letzte Wort darstellten, und daß die Regierung Theunis aus Sorge vor einer einseitigen Abhängigkeit von Frankreich keine ernsthafte Gefährdung des alliierten Bündnisses riskieren wollte.⁷⁵ Die Engländer konnten nur ahnen, daß die Auseinandersetzung zwischen Brüssel und Paris nun in ihr entscheidendes Stadium getreten war.

Poincaré hatte sich nämlich vorgenommen, zumindest einen der Verbündeten, das schwache und am ehesten beeinflussbare Belgien, nach dem Muster der Ruhrbesetzung für die geplante Aktion einzuspannen. Am 16. November mußte de Gaiffier dem französischen Ministerpräsidenten noch einmal die im Namen der belgischen Regierung gegebene Zusage bestätigen, *que la Belgique nous suivrait jusqu'au bout*. Dann richtete Poincaré über den Botschafter zwei Fragen an Außenminister Jaspar, deren Beantwortung er zum »Prüfstein [*pierre de touche*] für das Bündnis zwischen den beiden Ländern« machen wollte: 1. Ist die belgische Regierung nötigenfalls bereit, Frankreich bei der Elberfeld-Barmen-Operation zur Seite zu stehen? 2. Ist sie ferner bereit, die vorgesehene und gleichzeitig an Deutschland zu richtende Erklärung mitzuunterzeichnen, wonach *nous entendons désormais rester dans la Ruhr, non plus seulement au titre de gage pour le paiement des réparations, mais au titre de sanction tant que nous n'aurons pas obtenu satisfaction en ce qui concerne notre sécurité?*⁷⁶

rückgewiesen und erklärt, Frankreich *might occupy Hamburg, Frankfurt and even Berlin but they would only be floundering more deeply into the mire and into a position from which it would be more difficult to extricate themselves*. DBFP 1, XXI, S. 671 f.

⁷⁴ Mussolini erkundigte sich am 15. 11. bei Graham (s. o. Anm. 72) nach den Wahlausichten der Konservativen Partei und *did not conceal his strong desire that it should be again returned to power . . .* Contarini warnte Barrère, die Unterhauswahlen könnten »alles in Frage stellen« und *nous plonger tous dans une position inextricable et désespérée*. Barrère an A. E., 19. 11., A. E. Allemagne 239 (Exécution du Traité de Versailles. Sanctions. 16.–30. 11. 1923).

⁷⁵ Jaspar warb um Verständnis für seine bisherige Haltung. Er sei überzeugt, *that in cooperation of His Majesty's Government lies the only hope of restraining French government from taking some drastic military action against Germany*. DBFP 1, XXI, S. 902.

⁷⁶ Poincaré an Herbette, 16. 11., A. E. Allemagne 239.

Diese geplante *Déclaration* war mehr als eine bloße Ergänzung der offenbar als zu bescheiden angesehenen Militäraktion. Sie konnte in Zukunft zum Freibrief für die unbefristete Okkupation des Ruhrgebiets werden, denn anhand welcher Kategorien ließ sich je beurteilen, ob die Sicherheit Frankreichs vor einer deutschen Aggression gewährleistet war? Vor allem aber löste sie endgültig die Verbindung zwischen der Ruhrbesetzung und dem Reparationsproblem. Von einer Expertenuntersuchung und neuen Reparationsverhandlungen ging nur noch geringe Gefahr aus, wenn ihre Ergebnisse ohne praktischen Einfluß auf die Verhältnisse an der Ruhr blieben.

Die Belgier durchschauten die Absicht und lehnten sich erstmals entschieden gegen die ihnen zgedachte Rolle eines französischen Satelliten auf. Jaspar eröffnete Botschafter Herbette am 17. November, Parlament und Öffentlichkeit Belgiens würden sich von der politischen Führung abwenden, wenn Poincaré »Charakter und Ziel der Ruhrbesetzung verändere«. Die Folge wären eine Regierungskrise, der Bruch der Entente und die Zerstörung der belgisch-französischen Solidarität. Er beschwöre deshalb Poincaré, die Angelegenheit noch einmal zu überdenken, seine endgültige Entscheidung zurückzustellen und die Sitzung des belgischen Kabinetts am 19. November abzuwarten. Würden Theunis und er selbst in der augenblicklichen Situation nach Paris reisen, wie Herbette es wünsche, so kämen sie beide in den Geruch von »Befehlsempfängern«.

In seinem Kommentar zu dieser Unterredung räumte Herbette ein, daß die innenpolitische Lage wegen der Haltung der flämischen Rechten tatsächlich gespannt sei, und gab zu bedenken, daß ein Sturz des Kabinetts Theunis Frankreich keinen Vorteil bringen werde.⁷⁷

Etwa zur gleichen Zeit mußte Baron de Gaiffier im Quai d'Orsay die Vorbehalte seines Außenministers erläutern und Peretti die Mitteilung machen, daß die belgische Regierung *malgré tout son désir de rester aux côtés du Gouvernement français, ne pourra certainement pas accepter de déclarer qu'il reste avec nous dans la Ruhr pour une raison de sécurité*.⁷⁸

Poincaré gab aber nicht nach. Über Herbette wies er Brüssel am 18. November auf den Erfolg seiner Kammerrede vom Vortag hin, der verdeutliche, wie unbeirrt die öffentliche Meinung in Frankreich hinter der Regierung stehe. Er glaube deshalb fest daran, daß die belgische Regierung *conformément à son intérêt et à son attitude passée, prendra la résolution ferme de rester à nos côtés si l'accord ne s'établit pas pour une action com-*

⁷⁷ Herbette an A. E., 17. 11., a.a.O.

⁷⁸ Aufz. Perettis vom 17. 11., a.a.O. Gaiffier fügte an, persönlich sei er der Meinung, daß man nun vor der Wahl stehe, das Deutsche Reich militärisch zu zerschlagen, oder aber entschlossen »den Weg des Friedens zu beschreiten«, um »die wahren Republikaner in Berlin« zu stärken.

mune.⁷⁹ Und am selben Tag unterrichtete Peretti die Vertretungen in London, Rom und Brüssel sogar, daß Frankreich »verpflichtet sei, allein zu handeln,« falls sich die Verbündeten auf der nächsten Sitzung der Botschafterkonferenz nicht zu einer Sanktionsdrohung durchringen könnten.⁸⁰

Inzwischen bahnte sich in Paris allerdings eine interessante Entwicklung an. Hinter den Kulissen der Botschafterkonferenz und offenbar ohne Wissen Poincarés suchten die englische und die französische Delegation nun doch angestrengt nach einer Kompromißformel, die Deutschland beeindrucken, die Wahrscheinlichkeit von Sanktionen aber so weit wie möglich vermindern sollte.⁸¹ Diese ersten Zeichen französischer Nachgiebigkeit bestärkten Curzon in seinem harten Vorgehen. Um Lord Crewe von jedem Schritt abzuhalten, der einen Sanktionsautomatismus in Gang setzen konnte, verlangte er zunächst kategorisch eine Vertagung der für den 17. November anberaumten Botschaftersitzung.⁸² Mit seinen wenig später nachfolgenden Instruktionen, die an formaler und inhaltlicher Schärfe alle bisherigen britischen Stellungnahmen übertrafen, trieb er den Konflikt zwischen London und Paris bewußt auf die Spitze.⁸³ Einleitend fällt er ein vernichtendes Urteil über die französische Ruhrpolitik. Die chaotischen Folgen der Ruhrbesetzung hätten den Franzosen die Augen für die Tatsache öffnen sollen, *that such measures only enhance the popular animosity against the occupying allies and strengthen the position of the extreme parties which favour a reckless opposition at no matter what cost to their country*. Dann erinnerte Curzon an ein formelles Versprechen, das der damalige Ministerpräsident und nunmehrige Präsident der Republik, Millerand, dem englischen Botschafter Lord Derby am 11. April 1920 nach einer Kontroverse über den französisch-belgischen Einmarsch in den Maingau gegeben hatte: *As regards the future, the government of the Republic repeats that in all inter-allied questions*

⁷⁹ Poincaré an Herbette, 18. 11., A. E. Allemagne 239. Am selben Tag demonstrierte der französische Ministerpräsident in einer Rede in Neuilly auch öffentlich noch einmal Entschlossenheit. Vgl. DBFP 1, XXI, S. 915.

⁸⁰ Rundtelegramm Perettis vom 18. 11., A. E. Allemagne 29.

⁸¹ Siehe die Telegramme Crewes und Curzons vom 16. u. 18. 11., DBFP 1, XXI, S. 908 f., 914 f., 916 f., 918 f., 921, Anm. 6.

⁸² Die Botschafter in Paris, Rom und Brüssel unterrichtete er, man dürfe Poincaré nicht erlauben, *to rush the allied governments, without time for due deliberation, into a fateful decision on so momentous an issue*. DBFP 1, XXI, S. 913, Anm. 2. Der englische Botschaftsrat Sargent veranschaulichte Laroche die prekäre Lage der Londoner Regierung: *On lui demande de prendre des décisions très graves, au moment où il est à la veille de ses élections, en plein bataille, en proie à mille difficultés de tout ordre et avec une autorité des plus précaires . . .* Aufz. Laroche vom 16. 11., A. E. Allemagne 239.

⁸³ DBFP 1, XXI, S. 911 ff.

raised by the execution of the treaty it has no intention of acting save in accordance with its allies. Der Regierung Seiner Majestät falle es unter diesen Umständen schwer, an ein eigenmächtiges Handeln Frankreichs zu glauben,

which could not fail gravely to endanger the very foundation of the Entente and of future cooperation . . . The French government must realize the full measure of the responsibility which they would incur in separating themselves from the allies. The first consequence may be to compel His Majesty's Government, however reluctantly, to withdraw from the Ambassadors' Conference and possibly from the Commissions of Control. For they could not remain in any way associated with a line of policy which they absolutely condemn.

Als Lord Crewe seinen Botschafterkollegen am 18. November inoffiziell von der britischen Erklärung Kenntnis gab, schien eine Verständigung in weite Ferne gerückt. Cambon glaubte nicht, weitere Konzessionen bei seiner Regierung durchsetzen zu können. Crewe selbst hielt eine Kapitulation Poincarés für unwahrscheinlich, wenngleich er nicht mehr mit einer sofortigen Militäraktion Frankreichs rechnete.⁸⁴

5. Die Wende

Die dritte Sondersitzung der Botschafterkonferenz am 19. November stand unter einem gewandelten Vorzeichen.⁸⁵ Nun hatten die Engländer ihre Verbündeten um sich versammelt, und die Franzosen waren isoliert. Avezzana schloß sich ohne Umschweife der Erklärung Crewes an, und de Gaiffier zog sich auf den Standpunkt zurück, Sanktionen dürften nur angedroht werden, wenn die Verbündeten absolut einig seien. Die erwartete scharfe Reaktion der Franzosen blieb aus. Cambon und Laroche hatten sich offenkundig fest vorgenommen, die französische Position nicht um den Preis eines Bündnisbruchs zu verteidigen. Im Zusammenhang mit der Militärkontrolle postulierte Cambon zwar erneut ein »Notwehrrecht« Frankreichs, aber seine Worte deuteten nicht auf unmittelbare praktische Konsequenzen hin: *Si donc le Gouvernement allemand ne s'inclinait pas, il y aurait lieu pour nous d'examiner ce qu'il conviendrait de faire pour garantir la sécurité de la France, car, lorsqu'un pays doit pourvoir à sa sécurité, il n'est lié par aucun texte, par aucun Traité et il est seul juge des mesures que lui imposent les circonstances.*

Laroche knüpfte sofort an die vertraulichen Gespräche der letzten Tage an und bat die Botschafter, aus den noch erheblich differierenden französischen und englischen Textentwürfen zur Kontroll- und zur Kron-

⁸⁴ A.a.O., S. 917 f.

⁸⁵ C. A.-238/19. 11. 23/I; vgl. DBFP 1, XXI, S. 919 ff.

prinzenfrage gemeinsame Noten zu machen. Besonders schwer fiel den Franzosen der Verzicht auf die Verbannungsforderung, die von den Belgiern und, wie es schien, auch von der Kleinen Entente noch mitgetragen wurde. Am 15. November hatte nämlich der tschechische Außenminister Beneš im Prager Parlament erklärt, daß die Rückkehr des Kronprinzen aus der Sicht der Tschechoslowakei, Rumäniens und Jugoslawiens keine innerdeutsche Angelegenheit sei, sondern den europäischen Frieden bedrohe.⁸⁶ Die Instruktionen aus London ließen Crewe jedoch keinerlei Spielraum und zwangen Cambon und Laroche zum Rückzug. Als dieses Hindernis überwunden war, bereitete nur noch die Formulierung der Schlußpassagen beider Noten Schwierigkeiten. Nach französischer Auffassung mußten sie zumindest einen Hinweis auf mögliche gemeinsame alliierte Sanktionen enthalten. Lord Crewe zeigte sich bereit, den Franzosen so weit entgegenzukommen, daß sie ihr Gesicht wahren konnten. Er akzeptierte eine Wendung, die London verpflichtete, bei fortgesetztem deutschen Widerstand gegen die Militärkontrolle oder im Falle einer politischen Betätigung des Kronprinzen neue Konsultationen mit den Verbündeten aufzunehmen. Die provisorische Fassung der Noten sollte den Regierungen zur Billigung vorgelegt werden. Außerdem fand ein Instruktionsentwurf Zustimmung, der die Kontrollkommission anhielt, von ihrem Inspektionsrecht künftig äußerst behutsam Gebrauch zu machen und nur nach vorheriger Rücksprache mit den alliierten Botschaftern in Berlin zu handeln. Die Sitzung endete versöhnlich. Auf Cambons Bemerkung, daß die französische Regierung einen Bruch der Entente cordiale bedauern würde, antwortete Crewe, es handele sich hierbei nur um eine *demi-menace, ne visant que le cas où la France occuperait immédiatement de nouveaux territoires allemands*.

Dennoch war Lord Crewe überrascht, daß der französische Ministerrat den drei Texten noch am selben Tag prinzipiell zustimmte und lediglich einige formale Präzisierungen und Verschärfungen forderte.⁸⁷ Verschiedene Änderungswünsche des *Foreign Office* zielten in die entgegen-

⁸⁶ Aufzeichnung Perettis vom 16. 11. über ein Gespräch mit dem tschechoslowakischen Gesandten Osusky, A. E. Allemagne 29. Im übrigen agierte Beneš jedoch ungeachtet des hartnäckigen französischen Verbens sehr vorsichtig. Dem Gesandten Cosme versicherte er die »vollständige Solidarität« der Tschechoslowakei, bedeutete ihm aber zugleich, er sehe keine »unmittelbare Gefahr«, die sofortige Maßnahmen erforderlich mache; das »Chaos in Deutschland« werde wohl erst im Februar 1924 seinen Höhepunkt erreichen. Am 18. 11. warnte er Paris vor einem Bruch mit London und riet von »kostspieligen territorialen Sanktionen« ab; die gerüchteweise vorgesehene »Trennung von Nord- und Süddeutschland« stehe im Widerspruch zu den Interessen der Kleinen Entente. Eine ähnliche Haltung nahm auch die Regierung in Warschau ein. Cosme an A. E., 16. 11. u. 18. 11., A. E. Allemagne 239.

⁸⁷ DBFP 1, XXI, S. 921 f., Anm. 8. Notenentwürfe a.a.O., S. 923 ff.

gesetzte Richtung, verbauten aber ebenfalls nicht den Weg zu einer Bereinigung der Krise. Nachdem die englische These die Oberhand gewonnen hatte, zeigte sich Lord Curzon wieder entgegenkommender. Er spendete dem *conciliatory spirit* der französischen Regierung Lob und erleichterte seinem Botschafter die Suche nach geeigneten Kompromißformeln.⁸⁸ So bereitete es der Konferenz am 21. November keine große Mühe mehr, die endgültige Fassung der Kommissionsinstruktionen und der beiden Noten an die Reichsregierung zu redigieren. Die »Kontrollnote« sprach nun von einer »unverzöglichen« Wiederaufnahme der Militär- und Luftfahrtkontrolle, schloß aber mit der bewußt vagen Formulierung, die Alliierten behielten sich das Recht vor, nötigenfalls »die Maßnahmen zu ergreifen, die ihnen geeignet erscheinen, die Ausführung des Versailler Vertrags sicherzustellen«.

Die Kronprinzennote machte Berlin für alle Konsequenzen aus dem Aufenthalt des Kaisersohnes in Deutschland verantwortlich. Die Gefahren, die diese Situation in sich berge, könnten die alliierten Regierungen möglicherweise zwingen, »sich über Maßnahmen zu verständigen, die geeignet sind, ihnen entgegenzutreten.«⁸⁹ Um den Schwierigkeiten Stresemanns gerecht zu werden, der einer wichtigen Reichstagssitzung entgegensah,⁹⁰ verlangten die Botschafter weder im einen noch im anderen Fall eine schriftliche Antwort.

Welche Gründe hatten die Franzosen zum Einlenken bewogen? Von erheblichem Gewicht war sicherlich die englische Drohung, das Bündnis aufzukündigen. Laroche berichtet in seinen Erinnerungen über ein heftiges Wortgefecht zwischen Poincaré und Jules Cambon unmittelbar im Anschluß an die Konferenzsitzung vom 19. November. Als Poincaré von einem Bruch mit England sprach und über ein mögliches Zusammengehen mit Deutschland spekulierte, habe ihm der Ambassadeur de France »rot vor Zorn« zu verstehen zu geben, *que notre meilleure garantie de sécurité résidait dans l'appui des puissances anglosaxonnes, qui détenaient la maîtrise des mers, indispensable élément de victoire.*⁹¹

In London war zur selben Zeit der letzte Versuch Botschafter Saint-Aulaires fehlgeschlagen, die Engländer umzustimmen. Ein Gespräch mit Sir Eyre Crowe überzeugte ihn von der Unmöglichkeit *d'obtenir le concours du Government britannique aux mesures que nous envisageons.*

⁸⁸ A.a.O., S. 926 ff.

⁸⁹ C. A.-239/21. 11. 23/II-IV, Ann. B, D. Inhalt der von Poincaré unterzeichneten Noten in SCHULTHESS 1923, S. 420 f.; vgl. Salewski, a.a.O., S. 228, Anm. 82.

⁹⁰ Der Reichstag verweigerte Stresemann am 23. 11. das geforderte Vertrauensvotum. Das Kabinett demissionierte umgehend, amtierte aber bis zum 30. 11. geschäftsführend weiter. Reichskanzlei, Stresemann S. II, 1162 f.

⁹¹ J. LAROCHE, *Au Quai d'Orsay avec Briand et Poincaré, 1913-26*, Paris 1957, S. 184.

*Toujours obstiné dans son aveuglement il croit que nous demandons l'impossible à l'Allemagne.*⁹²

Möglicherweise wäre Paris das Risiko einer ernsten Belastung des englisch-französischen Verhältnisses eingegangen, wenn sich zumindest Belgien kooperationswillig gezeigt hätte. Noch vor dem Zusammentritt des französischen Ministerrats waren jedoch auch aus Rom und Brüssel endgültige Absagen eingetroffen. Botschafter Barrère fand Staatssekretär Contarini *très alarmé de l'éventualité possible d'une rupture entre la France et l'Angleterre*; einen solchen Bruch betrachte er als *un véritable désastre pour la cause des alliés et le maintien de la paix*. Herbette telefonierte, Jaspar zeige sich nach wie vor *intransigeant au point de vue de la sécurité et des sanctions* und hoffe auf eine Verständigung in der Botschafterkonferenz.⁹³ Damit war die Isolierung Frankreichs vollkommen.

Sowohl die englische als auch die deutsche Seite verfügten über Informationen, wonach Poincaré im anschließenden Ministerrat vergeblich für eine separate Militäraktion plädiert hatte. Wichtigste Opponenten und Wortführer der Mehrheit waren demzufolge Foch, der von einer weiteren Ausdehnung des Besatzungsgebiets abriet, und Millerand, der sich offenbar an sein Versprechen vom Frühjahr 1920 gebunden fühlte und vor einem neuen Abenteuer zurückschreckte.⁹⁴ Beträchtlichen Einfluß auf die Diskussion übte auch eine geschickte Initiative des deutschen Geschäftsträgers aus. Am 18. November hatte v. Hoesch der französischen Regierung durch einen Privatbrief den Wortlaut der Thronentsagung des Kronprinzen vom 1. Dezember 1918 übermittelt und hinzugefügt, daß der ehemalige Kaiser bei der Reichsregierung weder den Antrag gestellt noch den Wunsch geäußert habe, nach Deutschland zurückzukehren.⁹⁵ Diese Zusicherung wurde am 21. November auf Verlangen des französischen Ministerrats in den Text der Kronprinzennote einbezogen.

⁹² Saint-Aulaire an A. E., 19. 11., A. E. Allemagne 29.

⁹³ Barrère an A. E., 19. 11.; telefonische Mitteilung Herbettes, 19. 11., A. E. Allemagne 239. Am 20. 11. meldete Herbette, der belgische Ministerrat habe Gaiffier instruiert, sich der Empfehlung der Botschafterkonferenz anzuschließen, *si elle emportait l'assentiment de toutes les Puissances*. Ebenda.

⁹⁴ Bericht Crewes vom 22. 11., zit. nach ZWEHL, a.a.O., S. 622; A. Müller (Bern) an AA, 8. 12., PA, AA, Büro RM 30, Bd. 3. In einem Schreiben an den englischen Botschafter bestritt Poincaré allerdings – auch im Namen des Staatspräsidenten – die fortdauernde Geltungskraft dieser Zusage. Ebenso wenig verbarg er sein *douloureux étonnement* über einige Passagen der von Crewe in der Botschafterkonferenz abgegebenen Erklärungen. Cambon habe sich *associé à des manifestations que le Gouvernement de la République trouve insuffisantes et illusoires et qui procèdent, à notre avis, d'une méconnaissance totale des dispositions du Gouvernement allemand. Si nous avons donné à notre représentant l'instruction de se conduire ainsi, c'est par fidélité à l'Entente et par égards pour l'Empire britannique*. Poincaré an Crewe, 21. 11., A. E. Allemagne 29.

⁹⁵ Hoesch an AA, 21. 11., PA, AA, Büro RM 30, Bd. 3. Verzichtserklärung des Kronprinzen vom 1. 12. 1918 abgedr. in JONAS, a.a.O., S. 170.

Nicht zuletzt wird die Mehrheit der französischen Minister – ähnlich wie Mussolini – von der Sorge bewegt gewesen sein, daß Paris durch eine Eskalation des englisch-französischen Streits indirekt einer Linksbildung in London an die Macht helfen könnte.⁹⁶ Der Kursrückgang des Franc hielt sich noch in engen Grenzen, aber er schärfte den Blick für die Gefahren, die aus den hohen Kriegsschulden, der enormen inneren Verschuldung und dem wenig leistungsfähigen Steuersystem erwachsen. England verfügte als Gläubigerland über wirksame finanzielle Druckmittel. Nach Informationen des Auswärtigen Amtes war die Regierung Baldwin entschlossen gewesen, eigenmächtige französische Sanktionen mit einer *finance offensive against the franc* zu beantworten.⁹⁷ Die Franzosen mußten annehmen, daß eine Labour-Regierung vermutlich noch weniger Hemmungen haben würde, aus der wirtschaftlichen Schwäche Frankreichs politisches Kapital zu schlagen.

6. Entspannung

Die deutsche Vertretung in Bern schickte dem Auswärtigen Amt am 23. November die Zusammenfassung eines Artikels der »Nationalzeitung«, der erstaunliches Gespür und Einfühlungsvermögen verriet:

*Zum ersten Mal seit vier Jahren sieht Frankreich im entscheidenden Augenblick sich an Fortsetzung seiner Zerstörungspolitik gegen Deutschland ernsthaft gehindert, und vielleicht wird Historiker einmal Wendepunkt in letzter dramatisch gesteigelter Botschafterkonferenz erblicken. Man kann eigentlich nur von Stehenbleiben sprechen, und dennoch bedeutet es so, wie Dinge sich entwickelt haben, Rückzug.*⁹⁸

Die deutschen Diplomaten erkannten rasch, daß der günstige Ausgang der Krise nicht ohne Konsequenzen für die Haltung der Reichsregierung in der Militärkontrollfrage bleiben durfte. Hoesch schrieb am 23. November, man müsse nun *alles daran setzen, um möglichst zu vermeiden, daß Frankreich Vorwände für alsbaldige erneute Aufrollung [der] Frage erhält.*⁹⁹ Staatssekretär v. Schubert kam zu dem Schluß, daß England

⁹⁶ Im Quai d'Orsay galt der Labour-Führer MacDonald als *germanophil* und als *adversaire acharné de la politique de Poincaré*. LAROCHE, a.a.O., S. 185. Für SAINT-AULAIRE, a.a.O., S. 673, bedeutete ein Labour-Sieg ein »englisch-deutsch-russisches Kartell«, das der Linken in Frankreich an die Macht verhelfen würde.

⁹⁷ Aufz. Schuberts vom 27. 11., PA, AA, Büro RM 30, Bd. 3. Den finanzpolitischen Hintergrund erhellt S. A. SCHUKER, *The End of French Predominance in Europe. The Financial Crisis of 1924 and the Adoption of the Dawes Plan*, Chapel Hill 1976, S. 31 ff. Danach hatten britische Stellen Paris schon im September 1923 auf die Möglichkeit hingewiesen, daß London die Verlängerung der »twelve-month treasury bills« verweigern könne, in denen die französischen Kriegsschulden angelegt waren. S. 98.

⁹⁸ Tel. Bern, Presseübersicht, 23. 11., PA, AA, Büro RM 30, Bd. 3.

⁹⁹ Hoesch an AA, 23. 11., a.a.O.

durch die Beteiligung an der Kontrolle Frankreich vor neuen Überfällen auf Deutschland abgehalten hat (Blockade der Nordseehäfen, Besetzung der Mainlinie), daß aber nun auch eine gewisse Kontrolle durchgeführt werden muß. Er sah eine *delikate, sehr schwierige Situation* heraufziehen.¹⁰⁰ Die nächsten Wochen zeigten aber, daß der energisch agierende Außenminister Stresemann durchaus in der Lage war, die Sonderinteressen der Reichswehr und einzelner Länder zugunsten eines auf Beruhigung und Entspannung gegründeten politischen Gesamtkonzepts zurückzudrängen. Seinem Vorschlag folgend, entschied sich die neue Reichsregierung Marx für eine flexible Strategie, die es den alliierten Offizieren Anfang Januar 1924 ermöglichte, eine Serie von *Probeinspektionen* ohne Zwischenfälle durchzuführen.¹⁰¹

Parallel zu den Beratungen der Botschafterkonferenz vollzog sich auch in der Reparations- und Rheinlandpolitik ein spürbarer Wandel, der zu einer Stabilisierung der Lage beitrug. Ähnlich wie Cambon und Crewe durch vertrauliche Gespräche einer Lösung der Kronprinzenkrise den Weg gebahnt hatten, bereiteten Barthou, Bradbury und der Amerikaner Logan seit dem 13. November unter Wahrung strengster Diskretion den Durchbruch in der Reparationsfrage vor. Um die Mitwirkung Englands und der Vereinigten Staaten an einer Reparationsexpertise sicherzustellen, räumte Barthou nach und nach dem vorgesehenen Sachverständigenremium intern die von Poincaré verweigerten umfassenden Befugnisse zur Untersuchung der deutschen Wirtschaftslage ein. Dafür ermöglichte es Bradbury den Franzosen auch in diesem Fall, den Rückzug ohne übermäßigen Prestigeverlust anzutreten. Auf seinen Vorschlag hin wurde die Einsetzung eines zweiten Expertenkomitees beschlossen, das sich speziell mit dem – in seiner Relevanz von der französischen Öffentlichkeit weit überschätzten – Problem der deutschen Kapitalflucht beschäftigen sollte. Nach außen hin hielt Poincaré zwar unbeirrt an seinen Positionen fest, aber mit der Resolution der Reparationskommission vom 30. November war die Vorentscheidung für eine multilaterale Neuregelung der Reparationsfrage und eine Herabsetzung der deutschen Zahlungsverpflichtungen gefallen.¹⁰²

Der von Engländern, Belgiern und Italienern erzwungene Verzicht auf neue Sanktionen beeinflusste die Auseinandersetzung um das Rhein-

¹⁰⁰ S. o. Anm. 97.

¹⁰¹ Reichskanzlei, Marx I, S. 202 ff.; vgl. SALEWSKI, a.a.O., S. 240, 242.

¹⁰² In der Resolution der Reparationskommission vom 30. 11. war weder von der Untersuchung der »augenblicklichen« deutschen Zahlungsfähigkeit noch von einem zeitlich begrenzten Zahlungsplan die Rede. Das Erste Komitee sollte ganz allgemein *rechercher les moyens d'équilibrer le budget de l'Allemagne et les mesures à prendre pour stabiliser sa monnaie*. Bradbury lobte die »exceedingly wide reference«. DBFP 1, XXI, S. 678 ff., 681 f., 683 ff.; vgl. FRUS 1923 II, S. 98 ff.; ZWEHL, a.a.O., S. 624 ff.

land in doppelter Hinsicht. Einerseits nahm er Poincaré und Tirard die Möglichkeit, den Zerfallsprozeß des Reiches in einer entscheidenden Phase aktiv voranzutreiben, und andererseits stärkte er Moral, Widerstandskraft und Durchhaltewillen sowohl der Reichsregierung als auch der Bevölkerung in den besetzten Gebieten. Erdmann glaubte feststellen zu können, daß die französische Rheinlandtaktik in den ersten Novembertagen unter dem Eindruck des wachsenden englischen Widerstands »von der Separation zur Autonomie gedreht worden« sei.¹⁰³ Dies trifft jedoch allenfalls auf Tirard zu, dessen Lagebeurteilung nicht immer mit derjenigen Poincarés übereinstimmte, und der – wie der englische Hohe Kommissar in der Rheinlandkommission, Lord Kilmarnock, dem Foreign Office schon am 31. Oktober berichtete – einen Kompromiß zwischen Separatisten und Autonomisten vermitteln wollte.¹⁰⁴ Dagegen warnte Peretti den belgischen Botschafter noch am 15. Nov. eindringlich vor dem *projet de constitution d'une Rhénanie autonome sous les auspices du Reich et avec l'assentiment de l'Angleterre. Cet Etat ne serait qu'une façade; ni la France ni la Belgique n'auraient à s'en féliciter*. Entscheidend sei die Wahrung der belgisch-französischen Solidarität in der Rheinlandfrage.¹⁰⁵

Auch Bariéty läßt keinen Zweifel daran, daß Poincaré Mitte November weiterhin die radikale Lösung einer staatlichen Verselbständigung des Rheinlands favorisierte. Aus diesem Grund konnte dem Gespräch zwischen Tirard und Adenauer am 14. November kein Erfolg beschieden sein. Vier Tage später reiste der Präsident der Rheinlandkommission zu politischen Konsultationen in die französische Hauptstadt, und nach seiner Rückkehr setzte er neue Akzente. Bereits am 19. November meldete Lord Kilmarnock, es gebe Anzeichen dafür, daß die Franzosen ihre schützende Hand von den Separatisten abzögen.¹⁰⁶ Tirard blieb nach dem Scheitern der Sanktionspläne keine andere Wahl, als mit den Honoratioren der besetzten Gebiete eine möglichst weitgehende rheinische Autonomie auszuhandeln. Daß eine solche Einigung auch jetzt noch möglich war, schien der Abschluß der MICUM-Verträge am 23. November zu beweisen, der die Ruhrindustrie einer strengen französisch-belgischen Kontrolle unterwarf.¹⁰⁷ Die inoffiziellen deutsch-französischen Kontakte

¹⁰³ ERDMANN, a.a.O., S. 124.

¹⁰⁴ Vgl. DBFP 1, XXI, S. 613 ff., 650 f.

¹⁰⁵ Poincaré an Herbette, 15. 11., Resumé eines Gesprächs zwischen Peretti und de Gaiffier, A. E. Allemagne 238.

¹⁰⁶ DBFP 1, XXI, S. 673 f.

¹⁰⁷ In der letzten Verhandlungsphase hatte sich Poincaré aber auch hier zu Konzessionen bequemt. Er mußte im Parlament dringend einen Erfolg vorweisen, um die Enttäuschung über den Ausgang der Kronprinzenaffäre zu besänftigen. Vgl. Text der Kammerrede Poincarés am 23. 11., abgedr. in R. J. SCHMIDT, Versailles and the Ruhr,

wurden daher fortgesetzt, und gegen Ende des Jahres hatte sich Tirard den Gedankengängen Adenauers bereits spürbar angenähert.¹⁰⁸ Tatsächlich war der geeignete Moment für eine Übereinkunft aber längst verpaßt. Der an eine Verzweiflungsstimmung grenzende Pessimismus, der die Beratungen des Reichskabinetts bis Mitte November gekennzeichnet hatte, wich unter dem Eindruck der Nachrichten aus Paris und London schon Ende des Monats einer vorsichtigen Zuversicht. Am 17. November waren Adenauer und Stresemann noch übereinstimmend der Meinung gewesen, daß von England keine tatkräftige Hilfe zu erwarten sei.¹⁰⁹ Die Entscheidungen der Botschafterkonferenz und der Reparationskommission bewiesen jedoch wenig später das Gegenteil. Stresemann kämpfte von nun an – zunächst noch als Reichskanzler, seit dem 1. Dezember als Außenminister – unnachgiebig für eine Stärkung der Reichsautorität und steuerte zielstrebig offizielle Regierungsverhandlungen an. Dagegen sah Adenauer noch am 9. Januar 1924 das baldige »Auseinanderbrechen« Deutschlands voraus und entfernte sich mit dieser Lageeinschätzung mehr und mehr von der Realität.¹¹⁰

Es erwies sich als ausschlaggebend, daß die Reichsregierung die Novemberkrise durchgestanden hatte, ohne die Zukunft der besetzten Gebiete zu präjudizieren. Dieses Offenhalten der Rheinlandfrage war zum einen Teil das Ergebnis unüberbrückbarer interner Meinungsverschiedenheiten, zum anderen das Verdienst der Hinhaltetaktik Stresemanns. Der rasche Erfolg der Rentenmark, der die weitere finanzielle Unterstützung der besetzten Gebiete sicherstellte, verlieh dem Widerstand gegen die französische Rheinlandpolitik dann den nötigen ökonomischen Rückhalt.¹¹¹

Vor diesem Hintergrund wird verständlich, daß Stresemann die bis in den Januar 1924 anhaltende Auseinandersetzung um eine *autonome Pfalzrepublik* nicht mehr als ernsthafte Bedrohung, sondern eher als französisches Nachhutgefecht wertete. Um der isolierten und diskreditierten Bewegung ein ruhmloses Ende zu setzen, hätte es nicht der Ermordung ihrer Führer am 12. Januar 1924 bedurft, vielleicht nicht einmal der Berichterstattung des englischen Gesandten Clive, den Curzon kurz

Seedbed of World War II, Den Haag 1968, S. 271 ff.; Reichskanzlei, Stresemann S. 1049 f., 1155 f., 1160 ff.; DBFP 1, XXI, S. 680, 685 ff.; BARIÉTY, a.a.O., S. 261 ff., 276 ff.

¹⁰⁸ ERDMANN, a.a.O., S. 165.

¹⁰⁹ Sitzung von Kabinett, Ländervertretern und Fünfzehnerausschuß am 17. 11., Reichskanzlei, Stresemann S. 1113 ff., 1119.

¹¹⁰ ERDMANN, a.a.O., S. 148, 179, 351 ff. Nach einer scharfen Intervention Stresemanns brach Adenauer seine Verhandlungskontakte im Februar 1924 endgültig ab. A.a.O., S. 180, 361.

¹¹¹ Reichskanzlei, Stresemann S. LXXV ff.

entschlossen in die Pfalz beordert hatte. Dieser demonstrative Schritt zeigt aber, daß der englische Außenminister seiner Sache sicher war und nach dem französischen Zurückweichen in der Novemberkrise keine unüberwindliche Gegenwehr mehr erwartete.¹¹²

III. Fazit

Nach außen hin verlief die Kronprinzenkrise nicht spektakulär. Tatsächlich aber war die Lage zum Zerreißen gespannt, und nur unter großen Anstrengungen konnte eine gefährliche Eskalation vermieden werden. Die Handlungsweise Poincarés wird vor dem Hintergrund der aus französischer Sicht weiterhin ungelösten Sicherheitsproblematik verständlich. Frankreich sah sich auch nach dem gewonnenen Krieg einem an Bevölkerungszahl und Wirtschaftspotential überlegenen Deutschen Reich gegenüber, dessen machtpolitisches Gewicht durch die Zerschlagung des österreichisch-ungarischen Kaiserreiches und die Revolutionierung Rußlands eher noch zugenommen hatte. Deutschland setzte der buchstabengetreuen Durchführung des Versailler Vertrags zudem von Beginn an auf nahezu allen Gebieten – Grenzziehung, Militärkontrolle, Reparationen – passiven Widerstand entgegen und hielt sich die Möglichkeit von Revisionen offen. Clemenceau hatte 1919 auf die im eigenen Lager vielfach geforderte Annexion der linksrheinischen Gebiete und eine weitere Zerstückelung oder Föderalisierung des Reiches unter der Voraussetzung verzichtet, daß die Vereinigten Staaten und Großbritannien die Sicherheit Frankreichs formell garantierten. Das Scheitern des Versailler Vertrags im amerikanischen Senat machte den geplanten Garantievertrag jedoch hinfällig, und auch der als Alternative ins Auge gefaßte englisch-französische Pakt kam trotz einiger erfolgversprechender Ansätze nicht zustande. Der Völkerbund und der Aufbau eines osteuropäischen Paktsystems stellten im Verständnis vieler Franzosen keinen vollwertigen Ersatz dar und konnten das Sicherheitsbedürfnis der Nation nicht befriedigen. Die zunehmende Tendenz der Engländer und Italiener, auf den Konferenzen des Obersten Rats und in den interalliierten Organen den deutschen Klagen und Wünschen Verständnis entgegenzubringen und französische Ansprüche als überzogen zurückzuweisen, steigerte das Verlangen der Franzosen, durch eine substantielle Schwächung des deutschen Nachbarn die Frage der *sécurité* aus eigener Kraft dauerhaft zu regeln.

In der Novemberkrise des Jahres 1923 unternahm Poincaré den Versuch, sich der Fesseln des alliierten Bündnisses zu entledigen, die

¹¹² Siehe die in Anm. 22 genannten Arbeiten von SCHLEGEL und HÜTTENBERGER.

Frankreich bislang von der Durchsetzung einer allein an den eigenen Belangen orientierten Sicherheitspolitik abgehalten hatten. Dabei schreckte er ebensowenig vor einem Bruch zurück wie seine härtesten Widersacher in London, Lord Curzon und Sir Eyre Crowe. Während das Foreign Office jedoch die gesamte Regierung hinter sich wußte und im Einklang mit der öffentlichen Meinung Englands handelte, konnte Poincaré nicht einmal die Mehrheit seiner Minister überzeugen. Als er die Rückkehr des Kronprinzen in leicht durchschaubarer Weise zum Vorwand für militärische Zwangsmaßnahmen gegen Deutschland machte, beging er einen gravierenden Fehler. Er unterschätzte die Härte des englischen Widerstands und die Zahl derer im eigenen Lager, die – wie Clemenceau 1919 – die französische Sicherheit am ehesten durch eine Zusammenarbeit mit England gewährleistet sahen.¹¹³ Auch in der Pariser Presse distanzieren sich ernst zu nehmende Stimmen vom Konfrontationskurs des Ministerpräsidenten. So erschien am 19. November im »Quotidien« ein Artikel von Pierre Bertrand unter der Überschrift: »Les officieux, eux mêmes, prennent peur.« Als Beispiel führte Bertrand u. a. Herbette an, der in »Le Temps« geschrieben hatte: *Il n'est pas conforme à l'intérêt de la France de lutter à la fois contre l'Allemagne et l'Angleterre . . . Jamais, en effet, depuis cinq ans, la situation ne fut plus sérieuse.*¹¹⁴

Zudem bot Poincaré den Belgiern und Italienern die Gelegenheit, sich offen und mit gutem Gewissen von einer Politik zu distanzieren, deren Aggressivität ihnen seit längerem Besorgnis und nun sogar Furcht einflößte. Das schroffe Auftreten der französischen Diplomaten in Brüssel und Rom, das den guten Traditionen der französischen Vorkriegsdiplomatie widersprach, war lediglich geeignet, diese Entscheidung zu erleichtern. Beim englisch-französischen Tauziehen um die Gunst der Verbündeten behielt London eindeutig die Oberhand. So erlitt Poincaré, der nach einem Urteil Hoeschs bis zum September 1923 *von Sieg zu Sieg* geeilt war,¹¹⁵ aus eigenem Verschulden eine erste empfindliche Niederlage. Wie sehr er sich getroffen fühlte, veranschaulicht seine empfindliche Reaktion auf Kommentare ausländischer Presseorgane. Am 18. November legte er in London Beschwerde gegen die »Indiskretion« der Agentur Reuter ein, die unter dem Titel »Si M. Poincaré insiste pour les sanctions c'est la rupture avec l'Angleterre« die Substanz der englischen Botschafterkonferenz-Erklärungen wiedergegeben hatte. Fünf Tage später beklagte er sich in Washington über den Artikel der »Chicago Tribune«: »How Britain forced France to yield is told«, dem offenbar Stellungnahmen des

¹¹³ J. C. KING, *Foch versus Clemenceau. France and German Dismemberment, 1918–19*, Cambridge/Mass. 1960.

¹¹⁴ »Quotidien« vom 19. 11., in A. E. *Allemagne* 239; vgl. ZWEHL, a.a.O., S. 622.

¹¹⁵ Hoesch an AA, 20. 9. 1923, zit. nach BARIÉTY, a.a.O., S. 235.

official observer der Vereinigten Staaten in der Botschafterkonferenz, Whitehouse, zugrundelagen. Diese Ausführungen gingen, so schrieb er an Jusserand, auf Meldungen der »World« zurück, die *en grande partie inexacte* seien.¹¹⁶

Alle Interpretationskünste konnten aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß die mit dem Namen Poincaré verbundene Sanktionspolitik endgültig Schiffbruch erlitten hatte. In der Tat war nach dem November 1923 nie mehr von der Verhängung neuer Sanktionen gegen Deutschland die Rede, sondern nur noch vom Abbau der bestehenden: Ins Blickfeld rückten nun die Räumung des Ruhrgebiets und der »Sanktionsstädte« Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort, die Freigabe der Kölner Besatzungszone, die Erleichterung des Okkupationsregimes im übrigen Rheinland und die schrittweise Beseitigung der alliierten Militärkontrolle. Das Problem der Sicherheit fand eine für viele Franzosen unbefriedigende und – wie sich zeigen sollte – nur vorübergehende Lösung im Locarno-Pakt, der die deutsche Westgrenze festschrieb und Großbritannien und Italien zu Garantiemächten bestimmte.

Lord Curzon hatte die Entscheidung der Reichsregierung, dem Kronprinzen die Rückkehr zu gestatten, als einen »Akt äußerster Torheit« bezeichnet, der den Feinden Deutschlands in die Hände spiele.¹¹⁷ Dennoch zögerte er nicht, den von Poincaré hingeworfenen Fehdehandschuh aufzunehmen. Sehr schnell erkannte er nämlich die Chance, den ungenügend abgesicherten Vorstoß zum diplomatischen Gegenangriff zu nutzen und den französischen Ministerpräsidenten in die Schranken zu weisen. Voller Genugtuung schrieb er am 22. November an seine Frau: *I have just gained a considerable diplomatic victory over Poincaré, who wanted to play the fool and seize more German territory.* Die Drohung mit dem Bruch der Entente habe Poincaré zum ersten Mal seit acht Monaten zum Nachgeben gezwungen.¹¹⁸ Der Sieg Curzons vermochte die drohende Wahlniederlage der Konservativen allerdings nicht mehr abzuwenden. Nach den positiven Beschlüssen der Botschafterkonferenz und der Reparationskommission war im *Foreign Office* die Hoffnung gewachsen, man werde »über den Wahltermin hinwegkommen.«¹¹⁹ Am 6. Dezember zeigte sich jedoch, daß Curzons Abneigung gegen einen Wahlkampf auf dem Höhepunkt der Ruhrkrise nur allzu berechtigt gewesen war.¹²⁰

¹¹⁶ Poincaré an Saint-Aulaire, 18. 11.; Poincaré an Jusserand (Washington), 23. 11. Botschaftssekretär Whitehouse sprach sein Bedauern darüber aus, daß Konferenz-erklärungen in die amerikanische Presse gelangt waren. Aufz. Perettis vom 23. 11., A. E. Allemagne 239.

¹¹⁷ Gespräch mit Botschafter Sthamer am 14. 11., DBFP 1, XXI, S. 900.

¹¹⁸ Zit. nach ZWEHL, a.a.O., S. 621.

¹¹⁹ Aufz. Eyre Crowes vom 27. 11., DBFP 1, XXI, S. 682.

¹²⁰ Zum Wahlausgang RAMSDEN, a.a.O., S. 179 ff.

Das Scheitern der Regierung Baldwin und die Aussicht auf ein von den Liberalen gestütztes Labour-Kabinett trugen neue Unruhe in die französische Innenpolitik hinein. Die Überzeugung nahm ab, daß nur die Politik Poincarés Gewähr für eine sichere und stabile Zukunft bot. Der allmähliche Vertrauensverlust der Bevölkerung, der die Mehrheit des konservativen *Bloc national* bis Mai 1924 dahinschmelzen ließ, wirkte sich zwangsläufig negativ auf die Währungslage aus. Das beschleunigte Absinken des Franc-Kurses wiederum forderte Spekulationen und politischen Druck geradezu heraus. Frankreich ging geschwächt und finanziell verwundbar in den Kampf um eine Neuregelung der Reparationen.¹²¹

Den eigentlichen Nutzen aus den Novemberereignissen zog die deutsche Seite, auch wenn weitergehende Hoffnungen auf einen Zerfall des Siegerbündnisses und einen Frontwechsel Englands enttäuscht wurden. Der Regierung Stresemann gebührt zweifellos das Verdienst, während ihrer »100 Tage« die innere und äußere Staatskrise bewältigt zu haben. Der Wert der tatkräftigen Unterstützung, die dem Reichskanzler von Engländern und Amerikanern, dann auch von Italienern und Belgiern zuteil wurde, darf allerdings nicht zu gering veranschlagt werden. Leopold v. Hoesch würdigte diesen Umstand schon am 22. November: Der Verlauf der Botschafterverhandlungen habe

*das günstige Ergebnis gehabt, daß Franzosen, die sich diesmal einem unbeugsamen englischen Willen und einer klaren italienischen Opposition gegenübersehen, erkannt haben, daß sie bei allzu großer Überspannung des Bogens doch in ernste Gefahr geraten können und daß es nicht möglich ist, auf der einen Seite Vertrag gegen Alliierte auszuspielen und auf der anderen, wenn es französischen Interessen genehm ist, sich über Vertragsbestimmungen hinwegzusetzen.*¹²²

¹²¹ Daß die angespannte Finanzlage den Handlungsspielraum Poincarés erheblich einengte, unterstreichen J. N. JEANNENEY, *De la spéculation financière comme arme diplomatique. A propos de la première bataille du franc (nov. 1923–mars 1924)*, in: *Relations Internationales* 13 (1978), S. 5 ff.; J. C. DEBEIR, *La crise du franc de 1924. Un exemple de spéculation »internationale«*, a.a.O., S. 29 ff. Die Zusammenhänge zwischen Finanz- und allgemeiner Sicherheitspolitik verdeutlicht C. A. WURM, *Die französische Sicherheitspolitik in der Phase der Umorientierung 1924–1926*, Frankfurt/Bern/Las Vegas 1979.

¹²² Hoesch an AA, 22. 11., PA, AA, Büro RM 30, Bd. 3. Eine Bilanz der »100 Tage« der Regierung Stresemann hat K. D. ERDMANN in *GWU* 30 (1979), Biographisches zu Stresemann S. 32 angekündigt. Siehe bisher A. THIMME, *Gustav Stresemann. Eine politische Biographie zur Geschichte der Weimarer Republik*, Hannover–Frankfurt/M. 1957, S. 52 ff.; W. WEIDENFELD, *Die Englandpolitik Gustav Stresemanns*, Diss. Mainz 1972, S. 165 ff.; M. O. MAXELON, *Stresemann und Frankreich 1914–29*, Düsseldorf 1972, S. 135 ff.; A. E. CORNEBISE, *Gustav Stresemann and the Ruhr Occupation. The Making of a Statesman*, in: *European Studies Review* 1 (1972), S. 43 ff.; K. P. JONES, *Stresemann, the Ruhr Crisis, and Rhenish Separatism. A Case Study of Westpolitik*, a.a.O., 7 (1977), S. 311 ff., sowie das in Anm. 42 genannte Werk von H. A. TURNER.

Am ehesten konnten die Verbündeten Frankreichs ihren mäßigenden Einfluß in den interalliierten Organen zur Geltung bringen, die zur Durchführung und Überwachung des Versailler Vertrags geschaffen worden waren und die oberflächlichen Beobachtern als Instrumente der französischen Machtpolitik erschienen. Lord Kilmarnock kämpfte nicht ohne Erfolg dafür, daß die Rheinlandkommission ihren zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung erlassenen Ordonnanzen auch gegenüber den Separatisten Respekt verschaffte. Sein belgischer Kollege ging einem Konflikt mit Tirard aus dem Wege, stimmte am 19. November aber immerhin dem Vorschlag Kilmarnocks zu, die Einführung der Rentenmark im besetzten Gebiet zu gestatten.¹²³

Die Reparationskommission durchbrach geschickt die Blockadepolitik, mit der die französische Regierung seit Ende 1922 eine sachgerechte und unparteiische Untersuchung der deutschen Zahlungsfähigkeit vereitelt hatte. Der Beschluß vom 30. November entsprach ganz und gar nicht den schriftlichen Direktiven Poincarés vom 10. November. Der französische Delegierte Barthou hatte diesen Schachzug des Ministerpräsidenten nur zum Ausgangspunkt für eine selbständige Initiative genommen. Seine Gespräche mit Bradbury und Logan folgten einer eigenen, von ökonomischen Gesichtspunkten bestimmten Logik, und ihr Ergebnis stellte Poincaré schließlich vor vollendete Tatsachen.

Eine Schlüsselrolle fiel der Botschafterkonferenz zu, deren Aufgabe es war, den drohenden Bruch der Allianz durch einen Kompromiß in der Kontroll- und Kronprinzenfrage abzuwenden. Sie fand aus eigener Kraft eine Lösung, die der Mehrheit des französischen Ministerrats annehmbar erschien und Poincaré den Weg zu weiteren Zwangsmaßnahmen versperrte. Die Einigung wurde möglich, weil Jules Cambon selbst nur mit halbem Herzen hinter der Sanktionspolitik Poincarés stand. Schon während der Friedensverhandlungen hatte er den Wunsch nach der Rheingrenze bewußt der Sicherung der Entente cordiale untergeordnet, die von seinem Bruder Paul Cambon, dem ehemaligen Botschafter in London, mitgeschaffen worden war.¹²⁴ Auch jetzt fühlte er sich der alliierten Solidarität verpflichtet, um deren Festigung die Botschafterkonferenz in den zahlreichen größeren und kleineren Krisen seit Anfang 1920 immer wieder gerungen hatte und die seiner Meinung nach allein der in Versailles entworfenen europäischen Friedensordnung Dauer geben konnte.

Die interalliierten Organe wurden im November 1923 also nicht nur

¹²³ DBFP 1, XXI, S. 612 f., 616 f., 628 ff., 650 f., 673 ff.

¹²⁴ G. TABOUI, Jules Cambon par l'un des siens, Paris 1938, S. 354; J. CAMBON, Le Diplomate, Paris 1926, S. 52; P. CAMBON, Correspondence 1870–1924, 3 Bde., Paris 1940–46.

zum Forum einer Auseinandersetzung zwischen Frankreich und seinen Verbündeten, sondern sie boten auch den innerfranzösischen regierungstreuen Kritikern einer überzogenen Sanktionspolitik die Möglichkeit, den Gang der Dinge zu beeinflussen. Die Entscheidung der Londoner Regierung vom Januar 1923, trotz der klaren Distanzierung vom französisch-belgischen Ruhreinmarsch ihre Delegierten in der Botschafterkonferenz, der Reparationskommission und der Rheinlandkommission zu belassen,¹²⁵ erwies sich damit letzten Endes als richtig.

¹²⁵ DBFP 1, XXI, S. 14 ff.